

# Grosser Gemeinderat Winterthur

## Protokoll der 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2012/2013 vom 25. Juni 2012

von 16.15 bis 19.45 Uhr

---

Vorsitz: J. Lisibach (SVP)

Protokoll: K. Lang

Entschuldigt: F. Albanese (CVP), Ch. Baumann (SP), W. Langhard (SVP),  
M. Turnherr (SVP)

---

## Traktanden

- 1.\* 12/048 Vorzeitige Einführung von HRM2 in der Stadt Winterthur als Pilotgemeinde, Genehmigung der Projektvereinbarung mit dem Kanton (DFI)
- 2.\* 12/050 Teilausbau Schulsozialarbeit: Zusatzkredit von einmalig Fr. 250'000.-- für (DSS) das Jahr 2012 und wiederkehrend Fr. 500'000.-- ab dem Jahr 2013
- 3.\* 10/134 Beantwortung der Interpellation M. Zeugin (GLP), Y. Beutler (SP), (DFI) M. Wenger (FDP), J. Altwegg (Grüne), R. Harlacher (CVP) und N. Gugger (EVP) betr. ZIM (Zentrales Immobilienmanagement) wie weiter?
- 4.\* 10/094 Beantwortung der Interpellation St. Nyffeler (SVP) betr. stadträtliche Einschätzung zum Sozialhilfemissbrauch (DSO)
- 5.\* 08/113 Antrag und Bericht zum Postulat St. Fritschi (FDP) betr. Auslagerung des (DSO) Vollzugs der AHV/IV-Zusatzleistungen zur Sozialversicherungsanstalt (SVA) des Kantons Zürich
- 6.\* 10/109 Beantwortung der Interpellation M. Meyer (SP), B. Baltensberger (SP) und (DSO) A. Dauru (SP) betr. Armut in W'thur
- 7.\* 10/027 Antrag und Bericht zum Postulat R. Diener (Grüne/AL), F. Landolt (SP), (DB) L. Banholzer (EVP) und M. Zeugin (GLP) betr. reduzierter Salz-Einsatz im Winterdienst - Holzspäne statt Splitt
- 8.\* 09/111 Antrag und Bericht zum Postulat O. Seitz (SP), M. Stauber (Grüne/AL) und (DB) N. Sabathy (CVP) betr. Einführung eines Veloverleihsystems
- 9.\* 09/116 Antrag und Bericht zum Postulat F. Helg (FDP) betr. Sonnenenergie von (DB) städtischen Dächern

- 10.\* 10/096 Beantwortung der Interpellation Ch. Ulrich (SP) betr. Betroffene des internationalen Zentrums für Leistungs- und Breitensport (DSS)
11. 10/133 Beantwortung der Interpellation Ch. Baumann (SP) betr. Ausrichtung der Schulsozialarbeit (DSS)

(\* An dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

**Ratspräsident J. Lisibach** begrüsst zur 4. Sitzung im Amtsjahr 2012/2013. Die heutige Sitzung wird verkürzt, weil letzten Montag speditiv gearbeitet wurde.  
B. Helbling hat heute Geburtstag. Ratspräsident J. Lisibach gratuliert ihr herzlich.

## Persönliche Erklärung

**R. Keller (SVP):** Es ist befremdend, dass der Anlass Winti Arena, der drei Wochen dauerte, auf der Homepage von Winterthur Tourismus nicht erwähnt wurde. Dieser Anlass hat kulturell sehr viel gebracht.

**Stadtpräsident E. Wohlwend** hält fest, dass er nicht der Präsident von Winterthur Tourismus ist. Er wird die Kritik von R. Keller aber gerne weiterleiten. Es ist zu hoffen, dass sich die Verantwortlichen von Winti Arena rechtzeitig bei Winterthur Tourismus gemeldet haben. Es gibt jedenfalls keinen Grund, den Anlass nicht aufzunehmen.

## Dringliche Interpellation

**L. Banholzer (EVP/EDU), S. Madianos-Hämmerle (SP), Ch. Magnusson (FDP), M. Stauber (Grüne/AL), St. Schär (SVP), M. Zehnder (GLP/PP) und W. Schurter (CVP) betreffend Ludothek in Seen (GGR-Nr. 2012-066)**

---

**L. Banholzer (EVP/EDU):** Die Kurse des Kompetenzzentrums für Frühförderung, die in den Räumlichkeiten der Ludothek in Seen stattfinden, sind jeweils sehr langfristig geplant und ausgeschrieben und dauern zum Teil über ein Jahr. Mit dem neuen Betriebskonzept, das jetzt der Ludothek und der Ausleihe von Spielen Priorität einräumt, sind die Abende ab August 2012 nicht mehr gesichert und die Samstage nur noch bis Ende Jahr. Die Dringlichkeit besteht darin, dass für die genannten Angebote ab August 2012 keine angemessene Alternative vorhanden ist.

**Ratspräsident J. Lisibach:** Für die Dringlichkeit wird die Zustimmung der Mehrheit der Anwesenden benötigt. Der Ratspräsident lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

**Der Rat** stimmt der Dringlichkeit mit deutlicher Mehrheit zu.

**Stadtpräsident E. Wohlwend:** Wenn man beachtet, wer alles unterzeichnet hat, handelt es sich quasi um eine Dringliche Interpellation des gesamten Gemeinderates. Das heisst, dass dieses Thema ausserordentlich interessiert. Stadtpräsident E. Wohlwend ist sehr froh, dass er die Situation im Rat darstellen und erklären kann. Das neue Betriebskonzept hat relativ hohe Wellen geworfen. Der Seemer Bote und der Landbote haben darüber berichtet. Offensichtlich ist es soweit gekommen, dass man gefährliche Auseinandersetzungen befürchten musste. Die Emotionen gehen sehr hoch. Stadtpräsident E. Wohlwend will sich nicht aus der Affäre ziehen und erklären, dass dieser Konflikt einen Verein betrifft und innerhalb dieses Vereins abgehandelt werden muss. An der letzten Generalversammlung

wurden die Probleme diskutiert. Vieles konnte geklärt werden und über das weitere Vorgehen wurde abgestimmt.

Der Konflikt geht aber tiefer. Vorgeschichte: Seit 1985 führt der Verein Ludothek Rössli an der Rössligasse 9 eine Ludothek. Gemäss Statuten hat der Verein den Zweck das Spielen und den Kontakt zwischen Eltern und Kindern zu fördern durch die Information über gutes Spielzeug. Die Quartierentwicklung, die ein Teil der Stadtentwicklung ist, hat mit dem Verein für den Betrieb der Ludothek eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen und unterstützt den Verein jährlich mit einem Betrag von 8'000 Franken. Weiter finanziert die Quartierentwicklung, also die Stadt, die Räumlichkeiten an der Rössligasse 9, die sich im Finanzvermögen der Stadt befinden. In der Ludothek finden verschiedene Aktivitäten statt, einige werden vom Verein organisiert und sind mehrheitlich quartierspezifisch. Aber es werden auch Kurse mit gesamtstädtischem Interesse und Kurse von Privaten organisiert. Faktisch sind die Räume an der Rössligasse 9 vollständig ausgebucht auch abends und an Samstagen. Das ist zu begrüßen, denn damit werden die städtischen Mittel richtig eingesetzt. Die vielen Nutzungen und die verschiedenen Interessen haben zu einem Konflikt geführt, der bereits seit längerer Zeit schwelt. Sicher hat dazu beigetragen, dass nicht alle Aufgaben und Kompetenzen klar und schriftlich festgehalten wurden. Dieser Mangel wollte man mit Hilfe der Quartierentwicklung beheben. Deshalb wurde eine neue Leistungsvereinbarung erstellt. Die Prozesse wurden formalisiert und die verschiedenen Nutzungen wurden in den Statuten festgelegt. Die Neuerungen wurden an der Generalversammlung verabschiedet. Man wollte die Verteilung der Räume für alle zufriedenstellend lösen. Der seit langem schwelende Konflikt hat aber bereits viele negative Gefühle ausgelöst. Stadtpräsident E. Wohlwend hat im Januar 2012 ein langes Gespräch geführt, dabei ist ihm selten so viel Sturheit begegnet. Nach dem Motto alles oder nichts wurde nicht von der Position abgewichen: „Ich war schon immer da und weil das so ist, mache ich das was ich immer gemacht habe.“ Am 200 Jahr Jubiläum der Hülfs-gesellschaft im Stadttheater hat auch die Hülfs-gesellschaft erklärt: „Wir machen so viel Gutes, deshalb muss die Stadt die Gebühren und Tarife erlassen.“ Das geht aber nicht. Der Stadtrat behandelt alle gleich. Die Hülfs-gesellschaft hat das verstanden. Der vorliegende Fall liegt ähnlich. Die Tatsache, dass eine Organisation seit langem die gleichen Räume nutzt, berechtigt nicht dazu, diese für immer und ewig im gleichen Mass zu nutzen. In der Folge ist es nicht bei Gesprächen mit Stadtpräsident E. Wohlwend und seinen Mitarbeitenden geblieben. Auch die Ombudsfrau hat alle angehört und die Situation analysiert. Stadtpräsident E. Wohlwend hat die Ombudsfrau um eine Stellungnahme gebeten. Sie sollte beurteilen, ob der Quartierverein anständig und richtig gehandelt hat. Die Ombudsfrau hat das in einem längeren Schreiben bestätigt. Sie hat erklärt, dass man der Stadt keinen Vorwurf machen kann, und dass die Quartierentwicklung ebenfalls richtig gehandelt hat. Diese Stellungnahme wurde allen involvierten Stellen zugestellt. Stadtpräsident E. Wohlwend kann aber keine Details preisgeben.

Zu den Fragen: Das Betriebskonzept stammt nicht vom Stadtrat, sondern vom Verein. Der Stadt geht es in erster Linie darum, den öffentlichen Auftrag zu erfüllen, nämlich in den Quartieren die öffentliche Infrastruktur für die Quartierbevölkerung bereitzustellen und zu unterhalten. Die Quartierräume sind städtische Räume und werden von der Quartierentwicklung zur Verfügung gestellt und betrieben. Der Stadtrat erlässt kein Betriebskonzept. Diese werden von den Vereinen erarbeitet, die die Trägerschaften über diese Quartierräume übernehmen. Die Stadt stellt die Infrastruktur zur Verfügung und schliesst mit den Vereinen eine Leistungsvereinbarung ab. Mit dieser Vereinbarung soll sichergestellt werden, dass für alle Quartierräume gleiche Bedingungen für den Betrieb und die Nutzung gelten. Das beinhaltet einerseits die Umsetzung des Auftrags und andererseits die öffentliche und private Nutzung dieser Quartierräume. Damit alle Interessierten gleich behandelt werden, hat die Quartierentwicklung einen Leitfaden erstellt. Als Grundsatz für alle Quartierräume gilt, dass die quartierspezifischen Interessen und Nutzungen Vorrang haben vor den gesamtstädtischen oder privaten Interessen, die beide nicht auf einen bestimmten Ort fixiert sind. Das Betriebskonzept ist hingegen Sache des Vereins. Die Quartierentwicklung überprüft lediglich, ob die Konzepte nicht im Widerspruch zur Leistungsvereinbarung stehen.

Frage 2: Der Stadtrat unterstützt grundsätzlich das vielfältige Angebot in der Ludothek Rössli und sieht auch den Nutzen des Netzwerks. Die Stadt will auch weiterhin Angebote für Kinder und Familien unter einem Dach anbieten können. Die Umsetzung der öffentlichen Nut-

zung ist eine wesentliche Bedingung für den Abschluss einer Leistungsvereinbarung. Der Vorstand des Vereins Ludothek und die einzelnen Nutzergruppen erheben Anspruch auf bestimmte Benutzungszeiten. Insgesamt können aber nicht alle Ansprüche erfüllt werden. Im März hat eine Versammlung unter der Leitung der Quartierentwicklung stattgefunden unter Teilnahme einer Vertretung des Vereins Ludothek. Die Vertretung hat das Betriebskonzept vorgelegt und die Quartierentwicklung hat die Nutzungsvereinbarung erläutert. Alle Anliegen und Bedürfnisse wurden aufgenommen. Der Stadtrat weiss um die Wichtigkeit der Angebote von gesamtstädtischem Interesse, wie zum Beispiel Elternbildungskurse. Die Personen, die sich seit langem für dieses Angebot engagieren, leisten eine verdienstvolle Arbeit. Dem Stadtrat ist es ein wichtiges Anliegen, dass diese Kurse weiterhin angeboten werden können. Beim Zusammentragen der verschiedenen Nutzungen der Ludothek hat sich gezeigt, dass aufgrund des Vorrangs der quartierspezifischen Interessen, den gesamtstädtischen und von der Stadt subventionierten Angeboten nicht mehr die gleichen Benutzungszeiten wie bisher zur Verfügung gestellt werden können. Die Quartierentwicklung unterstützt diese Nutzergruppe aktiv bei der Suche nach anderen Möglichkeiten. Weil es sich um gesamtstädtische Angebote handelt, müssen die Kurse nicht zwingend in Seen stattfinden. Die Frage, wann die Ludothek offen sein soll, ist einfach zu beantworten. Sie muss dann offen sein, wenn die Familien das Angebot nutzen können, also zum Beispiel am Mittwochnachmittag oder am Samstagvormittag. Wenn aber jemand darauf beharrt, dass er die Räume seit jeher den ganzen Samstag nutzen konnte, ist eine Einigung schwierig. Hier ist ein Nutzungskonflikt vorhanden, der gelöst werden muss. Der Vorschlag, dass die Räume am Vormittag von der einen Gruppe genutzt werden können und am Nachmittag von der anderen ist ein Kompromiss.

Frage 3: Auch in Bezug auf die Weiterführung der Elternbildungskurse und der Angebote der Spielgruppenfachstelle hat niemand auf Stur geschaltet. Die Durchführung der Samstagskurse wird bis Ende Jahr zugesichert. Das hat der Stadtrat bereits im Februar mitgeteilt. Ab 2013 wird in der Ludothek der Normalbetrieb eingeführt. Frage 4: Der Stadtrat unterstützt grundsätzlich, dass die Quartierinfrastrukturen für Angebote in der Frühförderung und für weitere Aktivitäten offenstehen. Die Quartierentwicklung spricht aber nicht von eigentlichen Kompetenzzentren, sondern will diese Angebote auch dezentral anbieten. Der Stadtrat hat dafür gesorgt, dass an anderen Orten zusätzliche Räumlichkeiten geschaffen werden können. So wurde zum Beispiel im Bahnhof Töss und im Neubau an der Holzlegistrasse für die Belegung durch unentgeltliche Frühförderangebote Platz geschaffen. Stadtpräsident E. Wohlwend hofft, dass die Ratsmitglieder Verständnis aufbringen können für die Haltung des Stadtrates. Er will in den Quartiermöglichkeiten in erster Linie quartierbezogene Angebote realisieren. Die gesamtstädtischen Angebote können nicht ausschliesslich in einem Zentrum realisiert werden. Entweder muss ein eigenes Zentrum geschaffen werden oder sie müssen sich auf die ganze Stadt verteilen.

**L. Banholzer (EVP/EDU):** Rechtlich ist die Situation geklärt. Der Verein hat letzten Montag entschieden, dass in Zukunft in der Ludothek der Verleih Vorrang haben soll. Die Stadt hat das akzeptiert. Mit dem Angebot der Ludothek ist aber ausschliesslich der Verleih von Spielen gemeint und nicht die anderen Angebote, die ebenfalls unter diesem Titel stattgefunden haben. Dieser Vorrang ist eine grosse Erschwernis für die übrigen Angebote. Das wird doch etwas leichten Herzens in Kauf genommen. Die Gewichtung des Betriebskonzepts, dass die Ludothek Vorrang hat, und dass sogar private Anlässe der Ludothekarinnen Vorrang vor anderen Gruppen haben, macht eine langfristige Planung schwierig. Es wäre auch möglich gewesen, eine fixe Zuteilung der freien Zeiten vorzunehmen, als Kompromiss für die Abende. Der Stadtrat und die Quartierentwicklung betonen, dass die Kurse nicht quartierrelevant seien, und dass sie deshalb hinter der Ludothek zurückstehen müssen. Es ist leicht gesagt, die Kurse müssten nicht unbedingt in Seen angeboten werden. In jedem anderen Freizeitzentrum sind sie aber ebenfalls Quartierfremd. Für die Kurse der Fach- und Kontaktstelle für Spielgruppen und für Elternbildung braucht es eine gewisse Infrastruktur und Material, deshalb ist es schwierig, die Kurse zu verlegen. Die Ludothek war bisher ein Stützpunkt für diese Arbeit. Dafür Ersatz zu finden, ist nicht einfach. Die Angebote an der Rössligasse haben sich gegenseitig befruchtet. Wenn das ganze Bildungsangebot wegfällt, fehlt ein wichtiger Teil. Viele Eltern haben dort Kontakt gefunden und konnten Themen wie die Förderung ihrer

Kinder miteinander besprechen. Das Umfeld ist für diese Kurse wichtig. Das ist in einer Ludothek ideal. Für viele ist es schwer zu verstehen, warum diese Vorteile aufs Spiel gesetzt werden.

**M. Stauber (Grüne/AL):** Wie dem Votum des Stadtpräsidenten entnommen werden konnte, war die Kommunikation zwischen den Parteien, die die Räume an der Rössligasse in Seen nutzen, sehr schwierig. M. Stauber hat die verschiedenen Aussagen zur Kenntnis genommen. Er beurteilt die Situation etwas positiver als seine Vorrednerin. Die Frist bis Ende Jahr, die eingeräumt wurde, um für die Kurse neue Räumlichkeiten zu suchen, kann hoffentlich genutzt werden, damit sowohl die Ludothek kundenfreundliche Öffnungszeiten einführen kann als auch die Kurse der Frühförderung stattfinden können. M. Stauber hofft auch, dass das Problem bis Ende Jahr gelöst ist.

**Stadtpräsident E. Wohlwend:** Dem Kompetenzzentrum für Frühförderung werden fixe Zeiten eingeräumt, das heisst sie können die Räume am Samstagnachmittag nutzen. Der Vormittag ist für die Ludothek reserviert. Der Stadtrat ist zudem gerne behilflich bei der Suche nach zusätzlichen Räumlichkeiten. Das Rössli ist aber völlig ausgebucht. In anderen Zentren sind noch freie Zeiten vorhanden. Man kann von den Familien in Seen nicht verlangen, dass sie die Ludothek in Oberwinterthur nutzen sollen. Für das gesamtstädtische Angebot können durchaus andere Zentren genutzt werden. Der Stadtrat ist gerne behilflich und versucht einen Ausweg aus dieser Situation zu finden. Aber man kann sich nicht auf eine Lösung fixieren.

**Ratspräsident J. Lisibach:** Damit ist die dringliche Interpellation erledigt.

Die Traktandenliste wurde fristgerecht versandt. Am letzten Montag wurde beschlossen, dass die beiden Geschäfte 2012/048 und 2012/050 zusätzlich behandelt werden sollen.

## 1. Traktandum

### **GGR-Nr. 2012/048: Vorzeitige Einführung von HRM2 in der Stadt Winterthur als Pilotgemeinde, Genehmigung der Projektvereinbarung mit dem Kanton**

---

**S. Stierli (SP):** HRM2 bedeutet „Harmonisiertes Rechnungsmodell 2 und soll HRM1 ablösen, das im Jahr 1987 in Winterthur eingeführt wurde. HRM2 ist eine transparente Rechnungslegung mit klar definierten Standards, welche sich an IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) anlehnen. Diese sind auf die Privatwirtschaft ausgerichtet. Ziele: Die Rechnungslegung soll transparenter werden. Das ermöglicht eine Vergleichbarkeit der Rechnungslegung mit dem Bund, den Kantonen aber auch mit den Gemeinden. Dies wird mit den folgenden Grundsätzen angestrebt: Alle Verpflichtungen müssen offengelegt werden, zum Beispiel Verpflichtungen gegenüber eigenen Anstalten aber auch Lohnforderungen oder Überstunden. Diese wurden in der letzten Rechnung bereits teilweise ausgewiesen. Im Weiteren muss das Vermögen dem Nutzwert entsprechend in die Bilanz eingebunden werden. Das ergibt eine Aufwertung. Die Erfolgsrechnung wird unter HRM2 neu 3-stufig gegliedert: das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit, das Finanzergebnis und das ausserordentliche Ergebnis. Ein wichtiges Element sind die neuen Abschreibungsmethoden. Sie orientieren sich neu an der Nutzungsdauer (3 bis 100 Jahre oder 33% bis 1% Abschreibung pro Jahr). Sie erfolgen nicht mehr nach finanzrechtlichen Kriterien (10% oder 20% degressiv). Das ergibt einen Aufwertungsbetrag von ca. 200 Millionen. Grundsätze und Anforderungen von HRM2: Der Kontenplan wird neu definiert (von 4- auf 6-stellig). Eine Geldflussrechnung wird eingeführt. Der Finanz- und Aufgabenplan umfasst neu eine Planbilanz sowie eine Plangeldflussrechnung. Ein Anlagespiegel ist zu erstellen. Die Anlagenbuchhaltung ist zwingend und nach klaren Kriterien geregelt zu führen. Beim Wechsel geht man auf das Jahr 1987 zurück. Der Wert des Verwaltungsvermögens wird überprüft. Das führt zu Aufwertungen. Durch den Wechsel von der degressiven Abschreibung zur linearen Variante sinkt

die Höhe der aufgelaufenen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen markant. Dies hat zur Folge, dass das Verwaltungsvermögen mit einem grösseren Wert in der Bilanz stehen wird. Die Aufwertung beträgt schätzungsweise 200 Millionen. Für die Laufende Rechnung hat dies ebenfalls Folgen: Im Vergleich zu heute wird der Abschreibungsaufwand kurzfristig zurückgehen. Langfristig wird sich dies aber wieder einpendeln.

HRM2 im Zusammenhang mit der Sanierung der Pensionskasse: Pensionskasse der Stadt muss bis 31. Dezember 2013 verselbständigt werden. Die PK hat momentan einen Deckungsgrad von 85 %. Daraus ergibt sich eine Verpflichtung, die in der Bilanz aufgeführt werden muss. Darüber wurde im Rat bereits diskutiert. Die Gemeinden sind bei einem tiefen Deckungsgrad verpflichtet die Pensionskasse zu sanieren und können wählen zwischen einer Vollkapitalisierung und einer Teilkapitalisierung. Der Kanton Zürich hat bei der BVK für eine Vollkapitalisierung entschieden (2 Milliarden Einmaleinlage). Die Stadt Winterthur müsste bei einer Vollkapitalisierung eine Einlage von mindestens 150 Millionen leisten. Es ist relativ schwierig diesen Betrag aufzutreiben. Die Lösung, die gefunden werden konnte, ist HRM2. Der Wechsel auf HRM2 bringt Werteveränderungen in die Laufende Rechnung und die Bilanz. Die Laufende Rechnung wird vorerst einen tieferen Abschreibungsaufwand aufweisen. Die Aufwertung des Verwaltungsvermögens schafft mehr Eigenkapital (circa 200 Millionen). Dank der Aufwertung des Verwaltungsvermögens wird genug Eigenkapital geschaffen, damit die nötigen liquiden Mittel für eine Vollkapitalisierung beschafft werden können. Dabei wird nicht Geld aus der Bilanz gezaubert. Die 150 Millionen wird die Stadt am Kapitalmarkt aufnehmen und verzinsen müssen. Dank den tieferen Abschreibungen wird etwas mehr Geld zur Verfügung stehen und dank der Aufwertung des Eigenkapitals kann dieser Betrag auf dem Finanzmarkt beschafft werden.

Es ist vorgesehen, HRM2 in Winterthur in zwei Etappen einzuführen. Für das Jahr 2014 sind die Aufwertung des Verwaltungsvermögens und der neue Abschreibungsmodus geplant. Für den Voranschlag 2015 steht die komplette Einführung von HRM2 an. Dieses Vorgehen ist mit dem Gemeindeamt des Kantons abgesprochen. Das Gemeindeamt ist damit einverstanden. HRM2 ist bereits seit langem in Planung. Der Kanton will dieses Rechnungsmodell im ganzen Kanton einführen. Dazu braucht es eine Revision des Gemeindegesetzes. Der Kanton Zürich hat bereits eine Homepage aufgeschaltet. Es werden Tools zur Verfügung gestellt. Ein Expertengremium begleitet die Einführung. Im Moment läuft bereits ein Pilotprojekt. 10 Pilotgemeinden haben bereits HRM2 eingeführt. Der Kanton ist sehr interessiert, dass auch eine grössere Stadt mitmacht. Winterthur kann davon profitieren. Der Kanton wird die Stadt in diesem Prozess begleiten. Arbeitsaufwand für die Einführung von HRM2: Die im Vorfeld zu tätigen Arbeiten sind umfangreich. Für die Aufwertung des Verwaltungsvermögens muss die gesamte Anlagenbuchhaltung den Anforderungen von HRM2 angepasst werden. Diese Arbeiten müssen im Jahr 2012 erledigt werden, damit die Daten im Jahr 2013 für den Voranschlag 2014 bereit sind. Die neuen Instrumente (Planbilanz, Geldflussrechnung und Plangeldflussrechnung) müssen im Vorfeld definiert und entwickelt werden. Das Computersystem CS/2 muss vollständig neu aufgesetzt werden. Es gibt einen neuen Kontenplan sowohl in der Erfolgsrechnung als auch in der Bilanz, der bis auf die 6. Stelle vom Kanton definiert ist. Die Kostenstellenstrukturen müssen überprüft und allenfalls angepasst werden. Alle Finanz-Intranetapplikationen müssen im Zuge der Umstellung überarbeitet werden. Sämtliche Schnittstellen müssen neu definiert werden, sodass diese unter HRM2 funktionieren. S. Stierli zeigt einen Überblick über die Schnittstellen im Computersystem. Der Aufwand ist relativ hoch. Um diesen Aufwand bewältigen zu können, wird im Bereich Finanzen befristet eine neue Stelle zur Projektassistenz für ca. drei Jahre benötigt. Ebenfalls eine zusätzlich befristete Stelle für ca. drei Jahre für die technische Umsetzung (Anpassung der Schnittstellen und der Applikationen) wird bei den IDW benötigt (ab Sommer 2012). Die Kosten betragen ca. 720'000 Franken und werden als gebundener Aufwand budgetiert, wenn der Gemeinderat dem Projekt zustimmt.

Fazit: HRM2 soll schweizweit eingeführt werden auf Empfehlung der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Es wurde bereits ein Handbuch erstellt. Winterthur kann vom Pilotprojekt des Kantons Zürich profitieren. Das Gemeindeamt wird die Stadt unterstützen. Es werden massgeschneiderte Lösungen angeboten. Damit hat Winterthur mit dem Pilotprojekt eine Sonderbehandlung. HRM2 ermöglicht die Sanierung der PK durch eine Vollkapitalisierung. Ein Ausstieg aus dem Pilotprojekt ist möglich. In der Weisung

ist eine Projektvereinbarung zwischen der Stadt Winterthur und dem Gemeindeamt des Kantons Zürich enthalten. Wenn der Kanton wider erwarten HRM2 nicht einführen würde, würden die Kosten der Rückumstellung erstattet. Aber auch Winterthur kann jederzeit aussteigen. Die Aufsichtskommission (AK) hat sich intensiv mit dem Geschäft befasst. Sie wird sich jedes Jahr im Rahmen des Budgets und der Rechnung mit den neuen Darstellungen und dem Bewertungssystem auseinandersetzen müssen. Deshalb war eine genaue Prüfung wichtig. Das Geschäft wurde auch von der Spezialkommission Pensionskasse geprüft. Die AK hat dem Pilotversuch einstimmig zugestimmt. Die Umstellung erfordert einen grossen Aufwand, deshalb ist S. Stierli froh, dass das Geschäft heute behandelt werden kann. Der Präsident der Spezialkommission wird, wenn es der Ratspräsident erlaubt, ebenfalls Stellung nehmen. Die Spezialkommission hat einen Mitbericht verfasst.

**Ratspräsident J. Lisibach:** Das Geschäft wird von der AK mit 9 zu 0 Stimmen zur Annahme empfohlen. Am letzten Montag hat der Gemeinderat beschlossen, dass das Geschäft ohne Beratung behandelt werden kann. Es sind aber bereits zwei Wortmeldungen eingegangen. Weitere Wortmeldungen sind an die Vizepräsidentin zu richten.

**D. Oswald (SVP):** Die Spezialkommission Pensionskasse hat das Geschäft im Zusammenhang mit der Sanierung der Pensionskasse geprüft. Es ist richtig und sinnvoll, dass sich das Finanzdepartement mit Finanzierungsmöglichkeiten seitens der Stadt auseinandergesetzt hat. Dass HRM2 als eine mögliche Lösung geprüft wird, ist grundsätzlich richtig, vor allem weil die Einführung von HRM2 sowieso bevorsteht, egal ob Winterthur die Pensionskasse sanieren muss oder nicht. D. Oswald will nicht im Einzelnen aufzählen, was eine Vollkapitalisierung bedeutet. Es gibt aber einige Pensionskassen in der Schweiz, die sich im Besitz der öffentlichen Hand befinden und einen schlechteren Deckungsgrad aufweisen als die Pensionskasse der Stadt Winterthur. Diesen ist es kaum möglich in der notwendigen Frist einen Deckungsgrad von 100 % zu erreichen. Sie haben die Möglichkeit einer Teilkapitalisierung. Dabei muss lediglich für die bereits Pensionierten ein Deckungsgrad von 100 % erreicht werden für die übrigen Versicherten nicht. Diese Lösung ist aber sehr kompliziert. In der Spezialkommission ist es unumstritten, dass eine Vollkapitalisierung favorisiert werden muss. Aus Sicht der Spezialkommission ist HRM2 die wahrscheinlichste Handlungsoption, um die notwendige Finanzierung sicherstellen zu können. Mit der Einführung von HRM2 sind weitere Risikoabwägungen notwendig, die aber von der Spezialkommission nicht im Detail vorgenommen wurden. Die Auflösung der stillen Reserven bringt nicht mehr Geld in die Stadtkasse. Damit die Pensionskasse saniert werden kann, muss die Stadt Geld am Kapitalmarkt aufnehmen. Im Moment sind die Konditionen sehr günstig. Das Geld muss aber zurückgezahlt werden. Mit den laufenden langfristigen Verpflichtungen und denen, die durch die Sanierung der Pensionskasse hinzukommen, hat die Stadt kein Polster mehr. Wichtig ist auch, dass die Möglichkeit HRM2 einzuführen nicht die Diskussion in Bezug auf die Pensionskasse überdecken darf. Die Sanierungs- und Sicherheitsbeiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen in der Diskussion bleiben. Es wäre falsch, einfach zu erklären, dass mit HRM2 eine Kasse gefunden worden sei. Schlussendlich müssen die Schulden refinanziert werden. Das Problem der Pensionskasse muss auch aus diesem Blickwinkel betrachtet werden. Fazit der Spezialkommission: Die Kommission steht hinter HRM2 und unterstützt eine Vollkapitalisierung der Pensionskasse. Sollten sich andere Lösungsmöglichkeiten für eine Finanzierung ergeben, kann nach wie vor darüber diskutiert werden.

**M. Zeugin (GLP/PP)** ist davon ausgegangen, dass dieses Geschäft nicht verkürzt behandelt wird, weil dessen Tragweite sehr gross ist. M. Zeugin möchte einige Anmerkungen dazu machen.

**Ratspräsident J. Lisibach:** Die verkürzte Behandlung wurde letzten Montag beschlossen. Es wurden keine Ablehnungsanträge gestellt. Nach Abschluss des Geschäfts können persönliche Erklärungen dazu abgegeben werden.

**Stadträtin V. Gick** bedankt sich für die positiven Stellungnahmen der Präsidenten der AK und der Spezialkommission. Das Geschäft wurde umfassend dargestellt. Der Stadtrat hat diesen Weg gefunden. Mit HRM2 kann die Sanierung der Pensionskasse durchgeführt werden.

**Ratspräsident J. Lisibach:** Es liegen keine Ablehnungsanträge vor, demzufolge hat der Gemeinderat die vorzeitige Einführung von HRM2 beschlossen.

### **Persönliche Erklärungen**

**M. Zeugin (GLP/PP):** Trotz dieses Beschlusses muss sich der Gemeinderat bewusst sein, dass die Verknüpfung der beiden Geschäfte, Einführung von HRM2 und Sanierung der Pensionskasse, suggeriert, dass die Sanierung der Pensionskasse schmerzfrei passieren kann, weil man einerseits stille Reserven einfliessen lassen und andererseits Eigenkapital bilden kann. Der Gemeinderat hat zwar beschlossen HRM2 einzuführen aber der Entscheid über die Finanzierung der Pensionskasse ist damit noch nicht gefällt. Es liegt in der Kompetenz des Gemeinderates im Rahmen einer entsprechenden Weisung über den Vollzug der Finanzierung, für die jetzt die Grundlagen geschaffen wurden, abzustimmen. Es ist richtig, dass die Einführung von HRM2 beschlossen worden ist. Das ist auch aus Sicht der GLP/PP-Fraktion ein wichtiger Punkt. Hätte der Gemeinderat das Geschäft abgelehnt, hätte die Stadt aufgrund eines Bundesgesetzes relativ rasch eine Verpflichtung für 200 Millionen in die Bilanz aufnehmen müssen. Dementsprechend hätte die Schuld in den nächsten 5 Jahren abgetragen werden müssen. Jetzt hat die Stadt die Option einer späteren Finanzierung.

**M. Wenger (FDP):** Die Einführung von HRM2 wird von der FDP-Fraktion befürwortet. Die einzige Grundlage für die Einführung ist ein beabsichtigter Aufwertungsgewinn, damit die Voraussetzungen geschaffen werden können für eine Kapitalisierung der Pensionskasse. Diese Aufwertungsgewinne sind von der letzten grossen Immobilien- und Bankenkrise in Amerika, Griechenland und Spanien bekannt. Das ganze ist nicht so einfach. Man bläst bestehende Werte auf und setzt das Geld ein oder konsumiert es. Was würde passieren, wenn der Gemeinderat das Geschäft abgelehnt hätte? Die Stadt Winterthur hätte anfangen müssen zu sparen. Die Diskussion um die Sanierung der Pensionskasse muss separat geführt werden. Mit HRM2 ist dieses Problem nicht zu lösen.

**Stadträtin V. Gick:** Die Präsidenten der Spezialkommission und der AK haben darauf hingewiesen, dass die stillen Reserven der Stadt aufgebraucht sind. Umso wichtiger ist eine sorgfältige und seriöse Finanzpolitik in der Zukunft. Dass eine schmerzfreie Sanierung der Pensionskasse gelingen kann, ist nicht der Fall. Die Sanierung wird im Gemeinderat noch beraten und wird zu Eingriffen an verschiedenen Orten führen, die nicht schmerzfrei sein werden, die der Stadt aber die Sicherheit geben werden, dass ihre Pensionskasse auf einem soliden Fundament steht. Der Vergleich mit aufgeblasenen Werten und der Immobilienkrise ist doch etwas seltsam. Die Nutzwerte werden in die Bilanz aufgenommen. Das ist realistisch und hat mit Aufblasen nichts zu tun.

**Ratspräsident J. Lisibach:** Damit ist das Geschäft erledigt.

## 2. Traktandum

### **GGR-Nr. 2012/050: Teilausbau Schulsozialarbeit: Zusatzkredit von einmalig Fr. 250'000.-- für das Jahr 2012 und wiederkehrend Fr. 500'000.-- ab dem Jahr 2013**

---

**Ratspräsident J. Lisibach:** Der Gemeinderat hat beschlossen, das Geschäft ohne Beratung zu behandeln. Es werden keine Anträge gestellt.

**Ch. Ingold (EVP/EDU)** bedankt sich, dass das Geschäft heute traktandiert werden konnte. Es ist wichtig, dass heute über den Zusatzkredit entschieden werden kann, weil verschiedene Stellen ausgeschrieben werden müssen. Diese Aufgabe kann damit bereits während der Sommerpause angepackt werden. Rückblick: Die provisorische Einführung der Schulsozialarbeit wurde 2001 beschlossen. Pro Schulkreis wurde eine Schulsozialarbeiterin oder ein Schulsozialarbeiter mit 10 Wochenlektionen eingesetzt. Das entspricht einer 35 % Stelle. 2003 und 2004 wurde die Situation evaluiert. Verschiedene Bereiche wurden analysiert. Positiv aufgenommen wurde die Jugendberatung vor Ort. Wichtige Faktoren der Schulsozialarbeit sind die Niederschwelligkeit und die Präsenz vor Ort. Es hat sich gezeigt, dass die Schulsozialarbeit etabliert ist, funktioniert und geschätzt wird. Allerdings mussten auch negative Punkte festgestellt werden. Die Anerkennung der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter liess noch zu wünschen übrig aufgrund des provisorischen Status. Kritisiert wurde auch, dass die fachliche Begleitung, die Qualitätssicherung und die Unabhängigkeit nicht gewährleistet sind durch die Unterstellung unter die Kreisschulpflege. Deshalb hat der Stadtrat einen Konzeptauftrag an eine Arbeitsgruppe erteilt, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Departemente Sicherheit und Umwelt und Schule und Sport, der Zentralschulpflege und der Schulsozialarbeit zusammensetzt. Am 24. September 2006 hat das Volk mit 66,4 % Ja Stimmen der Schulsozialarbeit zugestimmt. Das ist eine gute Grundlage und Rechtfertigung für diese Arbeit. Der wiederkehrende Kredit ist mit 960'000 Franken budgetiert. Die Geschlechterparität war bereits bei den Vorarbeiten wichtig.

Charakteristik der Schulsozialarbeit: Es ist wichtig, dass es sich um eine Dienstleistung der unterstützenden und präventiven Dienste der Stadt handelt. Die Schulsozialarbeit ist nicht beauftragt, auf bestimmten Schulstufen und zu einem vorgegebenen Zeitpunkt, gewisse Aufgaben zu erfüllen. Es handelt sich um ein Angebot. Ab 2007/2008 sind 700 Stellenprozent für die Schulsozialarbeit eingesetzt. Total sind 13 Mitarbeitende tätig. Die Leitungsstelle ist mit 50 % dotiert und soll aufgestockt werden. Die beiden Begriffe Stammschulen und Kontaktschulen sind zentral. Im Konzept wurde mit beiden Prinzipien gearbeitet. Stammschulen sind hauptsächlich Sekundarschulen. Zu Beginn herrschte die Ansicht vor, dass Probleme vor allem an den Sekundarschulen auftreten. Deshalb wurden die Sekundarschulen als Stammschulen bezeichnet. Unterdessen hat sich gezeigt, dass auch präventiv gearbeitet werden muss. Deshalb wird in der Weisung festgehalten, dass auch im Kindergarten und an Primarschulen Schwerpunkte gesetzt werden müssen. Die Niederschwelligkeit ist an den Sekundarschulen besonders wichtig. Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind vor Ort. Die Jugendlichen können sich zu bestimmten Öffnungszeiten im Büro melden. Damit haben sie sofort Kontakt. Die Schwelle an den Kontaktschulen ist höher, weil die Leute nicht vor Ort sind. Sie haben aber gemäss Leistungsvereinbarung diese Schulhäuser ebenfalls zu bedienen. Dabei handelt es sich ausschliesslich um Primarschulen. Das Verhältnis von 100 Stellenprozent auf 2'000 Schülerinnen und Schüler ist an den Kontaktschulen relativ schlecht. An den Stammschulen kommen 700 Schülerinnen und Schüler auf eine 100 % Stelle. Damit schneidet die Stadt im kantonalen Vergleich gut ab, im Kanton sind es 800 Schülerinnen und Schüler pro 100 % Stelle.

Leistungen der Schulsozialarbeit an den Stammschulen: Es ist relativ schwierig von Leistung oder Zielerreichung zu reden. Das ist vergleichbar mit der Prävention. Die Wirkung der Schulsozialarbeit zu beweisen, deshalb ist nicht einfach, trotzdem ist das Angebot sinnvoll. Durch die Schulsozialarbeit wird sowohl das Lernumfeld verbessert und als auch die soziale Integration der Kinder und Jugendlichen. Sie erhalten Unterstützung in der sozialen Entwicklung und bei der Bewältigung des Alltags. Das sind wichtige Aspekte. Es geht nicht

ausschliesslich um die Problematik der Schullaufbahn. Häufig sind andere Probleme im Vordergrund – Stichwort Mobbing. Die Schulsozialarbeit ist fachlich unabhängig und ist ein die Schule unterstützender Dienst. Folgende Merkmale müssen erfüllt sein: Es handelt sich um eine vertrauliche Stelle. Einzige Ausnahme ist eine schwere Gefährdung des Kindes, ist das der Fall wird die Vertraulichkeit aufgehoben. Die Mitarbeitenden stehen unter einer allgemeinen Schweigepflicht. Das Angebot ist freiwillig. Das Aufsuchen der Schulsozialarbeit kann nicht vorgeschrieben werden. Die Schulleitungen und die Lehrkräfte können diese Angebote abholen. Durch die Auswahl der Mitarbeitenden, Weiterbildungen, interne Besprechungen und Supervision soll die Qualität der Schulsozialarbeit gewährleistet werden. Die nächsten Schritte: Mit der vorliegenden Weisung soll die Schulsozialarbeit ausgebaut werden. Während der Entwicklung dieser Weisung hat der Kantonsrat das Kinder- und Jugendhilfegesetz für 2015 beraten. Wenn der Gemeinderat dieser Weisung zustimmt, sind die Anforderungen dieses Gesetzes bereits integriert. Winterthur hat in dieser Hinsicht keine Probleme zu erwarten. Einzig Detailfragen müssen bis 2015 geregelt werden. Eine Aufstockung wird nicht notwendig sein. In der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) konnten die Fragen grossmehrheitlich beantwortet werden. Die Fragen konzentrierten sich auf die Bereiche Bedarfsnachweis und auf den Anteil der Prävention und der Beratung. Eine Steuerung dieser Bereiche wäre wünschenswert. Das ist aber mit dem gewählten Modell nicht möglich. Eine präzisere Lenkung von Angebot und Verpflichtung ist ebenfalls nicht machbar. Die BSKK hat mit 8 zu 0 Stimmen dem Teilausbau der Schulsozialarbeit zugestimmt.

**Stadtrat St. Fritschi** bedankt sich für die positiven Rückmeldungen aus den Schulhäusern, dem Gemeinderat und den Kommissionen. Der Stadtrat bedankt sich dafür, dass das Geschäft heute traktandiert werden konnte. Das ermöglicht eine rechtzeitige Rekrutierung neuer Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter. Das dient allen Schülerinnen und Schülern der Stadt Winterthur.

**Ratspräsident J. Lisibach** stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag vorliegt. Damit ist das Geschäft 2012/050 genehmigt.

### 3. Traktandum

**GGR-Nr. 2010/134: Beantwortung der Interpellation M. Zeugin (GLP), Y. Beutler (SP), M. Wenger (FDP), J. Altwegg (Grüne), R. Harlacher (CVP) und N. Gugger (EVP) betreffend „ZIM (Zentrales Immobilienmanagement) wie weiter?“**

---

**M. Zeugin (GLP/PP):** Der Berg hat eine Maus geboren. 2005 hat der Stadtrat im Rahmen von HS 07 angekündigt die Stadtrechnung um 4,5 Millionen zu verbessern. Also eine Ergebnisverbesserung durch die Zentralisierung des Immobilienmanagement zu erreichen. Zitat aus der Weisung: „Eine erste fundierte Analyse zeigt, dass mit einer konsequenten Zentralisierung des Immobilienmanagements erhebliche finanzielle Verbesserungen der laufenden Rechnung erzielt werden können.“ Dieses Potential wurde auf jährlich 4,5 Millionen geschätzt. Von diesen geschätzten 4,5 Millionen hat der Stadtrat bisher 1 Million realisiert, vor allem durch Ertragssteigerung, beziehungsweise Mietzinserhöhungen. Beim städtischen Putzpersonal wollte der Stadtrat aus politischen Gründen keine Einsparungen vornehmen. Das kann die GLP/PP-Fraktion nachvollziehen und ist damit einverstanden. Schliesslich soll nicht das städtische Putzpersonal darunter leiden, wenn der Stadtrat bei einem Haushaltsanierungsprogramm mitten in der Projektumsetzung die Ziele ändert. Die Frage stellt sich – wo sind die übrigen Ergebnisverbesserungen? Was ist passiert? Das ist schwer zu sagen. Die Interpellationsantwort schweigt sich über wichtige Entscheide aus, die im Rahmen dieses Projekts gefällt worden sind. Warum sind nicht alle Liegenschaften im ZIM zusammengefasst worden? Warum schreibt der Stadtrat nach Beendigung des Projekts, dass wesentliche Entscheide noch nicht gefällt worden sind. Zitat: „Über einen Teil der Massnahmen im Umfang von 1 Million wird in den nächsten ein bis zwei Jahren zu entscheiden sein.“ Klar ist,

dass der Stadtrat im laufenden Projekt die Projektziele geändert hat. Heute spricht er nicht mehr von einer substantiellen Ergebnisverbesserung. Zitat: „... dass ein qualitativer Gewinn und letztlich ein besserer Einsatz der bewilligten Mittel zu erwarten sei.“ Hier stellt sich die Frage, ob die Analyse wirklich umfassend und grundlegend durchgeführt wurde. Umfassend ist vor allem die Administration, die im Zusammenhang mit ZIM aufgebaut worden ist. Es sind Datenbanken programmiert, Analysen produziert und es ist ein umfassendes Immobilienhandbuch geschrieben und vom Stadtrat in Kraft gesetzt worden. Es sind im Zusammenhang mit ZIM neue Stellen geschaffen und damit neue Ausgaben realisiert worden. Man muss sich fragen, ob im Zusammenhang mit ZIM überhaupt eine Ergebnisverbesserung realisiert wurde oder ob am Ende die Projektkosten und die Mehrausgaben nicht das gesamte Ergebnis aufgefressen haben.

Es geht nicht darum auf dem Buckel des Putzpersonals weitere Einsparungen vorzunehmen. Aber es scheint etwas schief gelaufen zu sein, wenn ein Projektziel so klar und deutlich verfehlt wird. Vielleicht war auch die Ausgangsanalyse der Grund. Aber wenn am Ende eines so umfassenden Geschäfts ausser Spesen nichts herauschaut, dann muss man sich fragen, soll und will man solche Geschäfte künftig in Angriff nehmen. In diesem Sinne nimmt die GLP/PP-Fraktion die Interpellationsantwort negativ zur Kenntnis. Sie bringt keine Klarheit und erklärt nicht, warum die Zielabweichungen entstanden sind. Die Fraktion hofft trotzdem, dass bei weiteren anstehenden Projekten, mit denen ebenfalls eine Ergebnisverbesserung realisiert werden soll, die Ziele erreicht werden.

**M. Wenger (FDP):** Die FDP dankt für die stadträtliche Interpellationsantwort, die aufzeigt, dass verschiedene Beteiligte und Interessen das Immobilienmanagement komplex und damit zu einer Herausforderung machen. Nicht jede Liegenschaft muss Gewinn erzielen aber draufzahlen sollte die Stadt nicht. Indirekte Subventionen an Mieter sollten ausgewiesen werden. Deshalb ist eine Kostenstellenstruktur im Sinne einer Transparenz zu begrüssen. Sie machen die Entscheide und Veränderungen nachvollziehbar. Die Ertragsoptimierung auf 1,1 Millionen und ein Einsparpotential in gleicher Grösse können nicht befriedigen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das Sparpotential grösser ist und hat mit der Budgetkürzung beim Unterhalt ein klares Zeichen gesetzt. Die FDP nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis. Sie glaubt trotz allem an ein weiteres Optimierungspotential.

**Y. Beutler (SP):** Die SP nimmt die stadträtliche Antwort etwas weniger kritisch als M. Zeugin zur Kenntnis. Es ist klar, dass immer ein gewisser Unterschied besteht zwischen Theorie und Praxis. Nicht alles lässt sich eins zu eins umsetzen. Y. Beutler hätte sich gewünscht, dass die Einsparungen, die erzielt werden können, grösser wären. Auf der anderen Seite ist es gut, dass ehrlich erklärt wird, dass man mit einem Projekt auch „scheitern“ kann. Es ist aber nicht so, dass ZIM sinnlos ist. Es ist wichtig, dass der Stadtrat weiterhin entsprechende Projekte verfolgen kann. Wenn alles zwingend zum Erfolg führen muss, kann das dazu führen, dass kaum mehr neue Projekte in Angriff genommen werden oder nur solche, die mit grosser Sicherheit den erhofften Erfolg bringen. Frage 1: Der Stadtrat stellt dar, dass ein grösserer Gewinn mit den Mieten erzielt werden kann. Das ist zwar vorteilhaft für die Stadtkasse. Es ist aber nicht im Sinne der SP, dass die Stadt den Wohnungsmarkt weiter aufheizt. Der Ansatz der SP ist die Kostenmiete. Vor allem soll die Stadt durch entsprechende Vermietungskriterien dafür sorgen, dass den Leuten die Wohnungen vermietet werden, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. In diesem Bereich verfügt der Stadtrat noch über Potential. Erfreulich ist, dass Kosten auch dort eingespart werden können, wo es niemandem weh tut, wie zum Beispiel beim Mengenrabatt und den besseren Konditionen im Wartungsbereich. Das ist ein positives Resultat.

Frage 2: Wo ist eine Ergebnisverbesserung sichtbar? Es ist die Krux von WOV, dass die Zahlen, im Gegensatz zu früher, zusammengesucht werden müssen. Das Resultat ist nicht einfach nachvollziehbar und damit kaum überprüfbar. Es braucht sehr viel Vertrauen seitens des Gemeinderates gegenüber dem Stadtrat, um das zu akzeptieren. Der Gemeinderat muss darauf vertrauen, dass höhere Erträge nicht durch Mehraufwendungen konsumiert worden sind, was eigentlich nicht die Idee ist. Frage 3: Interne Verrechnungen sollen nicht um der Verrechnung willen getätigt werden. Der Aufwand für diese Verrechnung nimmt sonst ein absurdes Ausmass an. Letztlich bleibt das Geld in der Familie. Ob in der einen

Kasse etwas mehr Geld ist und in einer anderen etwas weniger, bringt niemandem einen Gewinn. Hier muss die Verwaltung Vernunft walten lassen. Fazit: Die SP begrüsst das positive Resultat und sie begrüsst insbesondere, dass der Stadtrat darauf verzichtet hat, bei den Reinigungsangestellten die Schraube weiter anzuziehen.

**D. Schraft (Grüne/AL)** spricht anstelle von J. Altwegg (Grüne/AL): Die Interpellation konzentriert sich vor allem auf die finanziellen Auswirkungen von ZIM. Sie ist zu einem Zeitpunkt geschrieben worden, als das Zentrale Immobilienmanagements noch nicht ganz umgesetzt war. Die Umsetzung ist zwischen 2010 und 2012 geplant. Die Interpellation wurde Ende 2010 eingereicht. Die Antwort hat der Stadtrat vor einem Jahr geschrieben, das heisst in der Mitte der Realisierungsphase. Eigentlich wurde die Interpellation zu früh eingereicht. Die Grüne/AL-Fraktion hat ebenfalls unterschrieben und muss sich deshalb selber an der Nase nehmen. Laut dieser Antwort sind noch keine grandiosen Resultate zu verzeichnen. Die 4,5 Millionen Einsparungen pro Jahr konnten noch nicht erreicht werden. In der Antwort hat der Stadtrat 1,1 Millionen ausgewiesen. Weitere Einsparungen sind geplant. Die Mietzinseinnahmen sind erhöht worden und sollen weiter erhöht werden. Zudem sind weitere Verbesserungen des Resultats geplant. Das sind keine grossen Würfe sondern kleine Schritte. Das Geld, das die Stadt nicht ausgibt oder mehr einnimmt, bringt eine Verbesserung. Die Verwaltung befindet sich noch in der Umstellungsphase. Das braucht Zeit. ZIM hat noch andere Ziele, die zum Teil erreicht worden sind. Das Projekt darf jetzt nicht als Fehlschlag dargestellt werden, weil die finanziellen Ziele, die optimistisch beurteilt worden sind, nicht, beziehungsweise noch nicht, erreicht werden konnten. D. Schraft interessiert was im Jahr seit die Antwort geschrieben worden ist, noch erreicht werden konnte. In diesem Sinne ist die Grüne/AL-Fraktion zufrieden mit der Interpellationsantwort.

**R. Harlacher (CVP):** Die CVP ist nicht ganz befriedigt von dieser Antwort. Es scheint als wolle der Stadtrat nicht so richtig sparen. Wenn man fundierte Studien durchgeführt und 4,5 Millionen an Einsparmöglichkeiten gefunden hat, sollte man alles daran setzen diese Einsparungen zu tätigen – zum Beispiel bei den Hauswartungen wären grössere Einsparungen möglich. Die CVP ist zwar ebenfalls der Meinung, dass Einsparungen sozialverträglich sein müssen. Aber auch hier gibt es Wege. Die Stadt könnte es zur Bedingung machen, dass ein externer Anbieter das Reinigungspersonal ein Jahr lang übernehmen muss. Es gibt durchaus Möglichkeiten sozialverträglich entsprechende Einsparungen zu realisieren. Dazu muss aber der Wille vorhanden sein. In der vorliegenden Antwort ist dieser Wille nicht zu spüren. Es wird nicht transparent aufgezeigt, woher die 4,5 Millionen kommen sollen. Frage 2: Wenn jeder Verantwortliche einer Produktgruppe selber budgetieren kann, stellt sich die Frage, ob die Sparziele überhaupt erreicht werden können. Insgesamt ist die Antwort eher enttäuschend. Der Wille ist auf dem Papier zwar vorhanden aber die Umsetzung ist unbefriedigend. Hier besteht ein deutliches Verbesserungspotential. Die CVP hofft, dass in Zukunft von diesen geplanten 4,5 Millionen noch mehr realisiert werden kann.

**N. Gugger (EVP/EDU):** Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Die Einsparungen lassen sich nicht genau abschätzen. Wenn man es hochrechnet, kann der Stadtrat bis Ende 2012 2,2 Millionen einsparen. Einen Punkt hat die EVP/EDU-Fraktion schon immer gestört: Falls die Stadt beim Putzpersonal sparen will, ist der Punkt erreicht, an dem die Fraktion auf die Barrikaden steigt. Diese Zitrone ist ausgepresst. Durch Einsparungen beim Putzpersonal werden Mitarbeitende betroffen, die ohnehin nicht viel verdienen. Auch die bürgerliche Seite hat der Schulsozialarbeit zugestimmt. N. Gugger gehört zu den Begründern der Schulsozialarbeit. Wenn jetzt aber beim Putzpersonal erneut geschraubt wird, dann wird sich die EVP/EDU-Fraktion dagegen wehren. Die Fraktion nimmt die Interpellationsantwort im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Die Stadträtin schreibt, dass in den nächsten zwei Jahren noch ca. 1 Million gespart werden kann. Eine Möglichkeit liegt bei den Vermietungen. Auch hier müssen aber nicht die höchsten Mieten verlangt werden. Die EVP/EDU-Fraktion wünscht sich eine sozialverträgliche Stadt.

**Stadträtin V. Gick:** ZIM ist ein schwieriges und langes Projekt, an dem die Stadträtin und die Verwaltung mit viel Herzblut und Engagement gearbeitet haben. Aber es ist nicht so ein-

fach mit einem grossen Strukturprojekt die ursprünglich berechneten Einsparungen zu realisieren. Von der Auslagerung des Putzpersonals wurde abgesehen, weil die Einsparungen einzig darin bestanden hätten, dass die Mitarbeitenden nur noch 17 Franken verdient hätten anstatt 26 Franken. Damit hätte die Stadt einfach mehr Working Poor produziert. Man kann aber nicht sagen, dass ausser Spesen nichts gewesen ist, wenn jährlich 2 Millionen eingespart werden können. Das ist immerhin eine gute Ausgangslage. Man muss auch berücksichtigen, dass es sich um ein Strukturprojekt handelt. Der Stadtrat hat auf Seite 2 seiner Antwort dargelegt, dass damit wesentlich bessere Steuerungselemente erreicht werden können. Der Stadtrat hat eine Immobilienstrategie, eine einheitliche Liegenschaftsrechnung, eine Immobiliendatenbank und eine Bauzustandserfassung eingeführt. Damit können die Sanierungen und der Unterhalt besser geplant und optimiert werden und das Geld der Steuerzahler kann optimal eingesetzt werden. Mit diesen Neuerungen hat das Immobilienmanagement gewonnen. Zentralisierungen sind immer ein steiniger Weg. Manchmal muss der Stadtrat auch die Kunst des Möglichen umsetzen und zunächst kleinere Schritte unternehmen. Vielleicht gibt das genügend Vertrauen, um weitere Schritte zu realisieren. Man kann nicht immer alles übers Knie brechen. Der Stadtrat musste diesen Konflikt bewältigen. Stadträtin V. Gick kann noch keine neuen Zahlen nennen. Anfang 2013 wird der Stadtrat erneut den finanziellen Erfolg dieses Projekts prüfen. In Bezug auf die Organisation, die Struktur und die Transparenz hat die Stadt mit ZIM vieles gewonnen. Stadträtin V. Gick dankt für die positiven Beurteilungen und hofft, dass der Gemeinderat auch mit den übrigen Punkten einigermassen zufrieden ist.

**Ratspräsident J. Lisibach:** Damit ist das Geschäft 2010/134 erledigt und wird abgeschlossen.

## 4. Traktandum

### **GGR-Nr. 2010/094: Beantwortung der Interpellation St. Nyffeler (SVP) betreffend stadträtliche Einschätzung zum Sozialhilfemissbrauch**

---

**U. Holenweg (SVP) spricht für St. Nyffeler (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation, die St. Nyffeler vor längerer Zeit eingereicht hat. Die Beantwortung ist schwerpunktmässig auf das bestehende Konzept ausgelegt, das heisst auf die vier Ebenen Vorbeugung, Überprüfung, konsequentes Vorgehen in Verdachtsfällen und Sanktionen. Das ist gutzuheissen. Dank diesem Konzept konnten mehrere Fälle aufgedeckt werden. Die Zahlen haben sich auf einem gewissen Niveau eingependelt. Die Kernfrage der Interpellation wurde aber nicht beantwortet. Wie hoch schätzt der Stadtrat die Dunkelziffer? Auch die Frage nach der Prüfung von weiteren Instrumenten zur Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs wird nicht beantwortet. Es wird lediglich marginal darauf eingegangen. Die Sozialhilfe verursacht sehr hohe Kosten. Das ist auch in der Jahresrechnung 2011 ersichtlich. Die Fälle sind erneut angestiegen. Die in den Medien publizierten Fälle schaden dem Ruf der Sozialhilfe. Deshalb sollten alle politischen Lager daran interessiert sein, die Dunkelziffer besser einschätzen zu können mittels Einsatz von weiteren Instrumenten zur Aufdeckung von Missbräuchen. Viele Städte haben Sozialdetektive eingeführt und haben damit sehr gute Erfahrungen gemacht. So war in einer Zeitung zu lesen: Vom hohen Anteil von über zwei Dritteln erhärteter Fälle nach einem Anfangsverdacht, sei man sehr überrascht. Es stehe ausser Zweifel, dass die Sozialinspektoren eine wichtige Massnahme gegen den Sozialmissbrauch seien, die sich bewähre. Die Verantwortlichen in Zürich räumten ein, dass die Stadt zu lange gewartet habe mit der Einführung von Sozialinspektoren. Die Städte, die einen Pilot gestartet haben, konnten folgende Vorteile registrieren: Mit einem zeitlich definierten Einsatz kann die Dunkelziffer besser abgeschätzt werden. Aufgrund dieser erhöhten Gewissheit kann besser entschieden werden, ob sich eine entsprechende Stelle rechnet. Zudem wirkt der Einsatz abschreckend und Akzeptanz der Sozialhilfe in der Bevölkerung steigt an. Die SVP beurteilt die Antwort als nicht genügend.

**S. Gygax (GLP/PP):** Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Sozialhilfemissbrauch schadet nicht nur der Stadtkasse, sondern auch dem Ansehen des Sozialsystems. Winterthur engagiert keine Sozialdetektive. Das Departement Soziales und Umwelt (DSU) meldet Verdachtsfälle der Polizei, mit dem Auftrag zu ermitteln. Die GLP/PP-Fraktion ist der Meinung, dass die Polizei eine bessere Ermittlungsqualität und damit auch mehr Erfolg vor Gericht bieten kann als Sozialdetektive. Zudem hat die Stadtpolizei einen besseren Zugang zu den notwendigen Daten. Die GLP/PP-Fraktion begrüsst zudem, dass die fallführenden Mitarbeitenden im DSU im Erkennen von Verdachtsfällen geschult werden, und dass standardisierte Abläufe, jährliche Fallrevisionen und regelmässige Beratungstermine präventiv wirken. Die Fraktion anerkennt auch, dass die Schadenssumme bei den aufgedeckten Missbrauchsfällen abnehmend ist. Leider geht aus der Interpellationsantwort zu Frage 1 nicht hervor, wie in der Stadt Winterthur Sozialhilfemissbrauch genau definiert wird. Sind es die Missbräuche, die zu einer Strafanzeige führen oder bereits die Fälle, die eine Rückerstattung der Unterstützung auslösen. Unter diesem Aspekt ist es schwierig, die Zahlen zu interpretieren. Sozialhilfemissbrauch wird es leider immer geben. Die GLP/PP-Fraktion anerkennt aber, dass die Stadtverwaltung das Mögliche unternimmt, um dem Missbrauch entgegenzuwirken. In diesem Sinne nimmt die GLP/PP-Fraktion die Antwort zustimmen zur Kenntnis.

**D. Berger (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Es handelt sich bereits um einen Klassiker, die Forderung nach Sozialdetektiven wird alle Jahre wieder gestellt. Grundsätzlich muss man annehmen, dass es in der Sozialhilfe, wie in anderen Bereichen auch, immer wieder zu Missbräuchen kommt. Die Frage ist, wie viel Aufwand soll betrieben werden, um den Missbrauch zu verhindern und wieweit sollen die Sozialhilfebezüglerinnen und Bezüger unter Generalverdacht gestellt werden. Für das grosse Mehr ist die Sozialhilfe kein Lebenstraum. Das darf man nicht vergessen. Für viele braucht es Überwindung um diese Hilfe in Anspruch zu nehmen und viele haben eine Arbeitsstelle und können mit dem Lohn ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Das ist eine beschämende Tatsache, für die sich nicht die Betroffenen schämen müssen, sondern eher die Entscheidungsträger, die sich für die Auslagerung von Diensten einsetzen, was zur Folge hat, dass die Leute weniger verdienen. Die überhöhte Thematisierung dieses Straftatbestandes ist politisch gewollt von Parteien, die ihre Politik auf dem Rücken von Randgruppen machen und an die niedrigen Neidreflexe appellieren. Natürlich wird immer wieder öffentlich über Einzelfälle berichtet. Berichte von Steuerhinterziehungen werden hingegen kaum veröffentlicht, obwohl das Schadensvolumen grösser ist. Das hat damit zu tun, dass der Sozialhilfemissbrauch von gewissen Parteien ausgeschlachtet wird, egal wie gut in der Sozialhilfe gearbeitet wird. Missbrauch ist nicht akzeptabel. Aber eine hohe Belastung der Sozialhilfe durch die Ermittlung von Zahlen kann nicht das Ziel sein. Irgendwann kostet die Bekämpfung mehr als der Missbrauch.

Frage 1: Die Frage nach der Dunkelziffer wurde tatsächlich etwas flapsig beziehungsweise nicht beantwortet. Die Ermittlung ist aber sehr schwierig, das hat eine Dunkelziffer so an sich. D. Berger hat zudem nicht das Gefühl, dass das eine Hauptfrage der Interpellation ist. Die wichtigste Aussage ist, dass die Schadenssumme zurückgeht. Es wurde etwas unternommen. Die Missbrauchsfälle sind zwar konstant aber die Schadenssumme geht zurück, weil gewisse Massnahmen greifen. Bei diesen Zahlen stellt sich die Frage, ob Sozialdetektive kostendeckend arbeiten könnten. Frage 2: Ist ebenfalls ein Klassiker. Was soll die Stadt unternehmen um einem Anstieg der Sozialhilfekosten entgegenzuwirken? Dieser Anstieg ist durch äussere Umstände bedingt. Der Missbrauch ist nur zu einem kleinen Teil dafür verantwortlich. Hauptsächlich ist der Anstieg den Rahmenfaktoren in der Gesellschaft zuzuschreiben. Wenn jemand seine Stelle verliert und kein Einkommen mehr hat, ist die Sozialhilfe das unterste Auffangbecken oder wenn in anderen Institutionen Revisionen durchgeführt werden und dadurch Leute aus dem Netz herausfallen, zum Beispiel die Revision des AVIG, bleibt ihnen nur noch die Sozialhilfe. Auf die Frage 5, ob das Departement Sicherheit und Umwelt für die Ermittlungstätigkeit abgegolten wird, hat der Stadtrat erklärt, dass bis anhin keine interne Verrechnung vorgenommen werden. Was heisst bis anhin? Wird das geändert? Frage 7 bezieht sich einmal mehr auf den Einsatz von Sozialdetektiven. Wenn die Polizei Einsicht in einen Verdachtsmoment erhält, erhärtet sich der Verdacht bei 25 %

der Fälle. Das kann unterschiedlich interpretiert werden. D. Berger interpretiert die Aussage dahingehend, dass gute Vorarbeit geleistet wird und dass 75 % zu Unrecht verdächtigt werden. Wenn Sozialdetektive eingesetzt werden, ist es ungewiss, ob nicht noch mehr Leute zu Unrecht verdächtigt werden. Das ist ein Argument, das gegen Sozialdetektive spricht. Schlussendlich bleibt die Grüne/AL-Fraktion bei ihrer Ansicht und lehnt die Einstellung von Sozialdetektiven ab.

**B. Baltensberger (SP):** Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Sie ist damit sehr zufrieden. Es ist nicht akzeptabel, dass der Staat um Gelder betrogen wird, sei das in der Sozialhilfe oder bei den Steuern. Es geht der öffentlichen Hand Geld verlustig, das benötigt wird. Selbstverständlich muss jedes betrügerische Handeln verfolgt und geahndet werden. Dazu braucht es die notwendigen Ressourcen und das nötige Augenmass. Aufwand und Ertrag müssen in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Die Antwort des Stadtrates berücksichtigt diesen Grundsatz. Es sind bereits einige Anfragen seitens des Parlaments in Bezug auf den Sozialhilfemissbrauch und den Einsatz von Detektiven eingereicht worden. Jedes Jahr wird die Frage gestellt, ob die Stadt Sozialdetektive einführen soll. Der Stadtrat bestätigt immer wieder, dass die Stadtpolizei in der Lage ist, die notwendige Ermittlungsarbeit zu tätigen und abzuklären, ob ein Verdacht sich erhärtet und eine Strafanzeige gemacht werden kann. Erst wenn die Stadtpolizei diese Leistung nicht mehr erbringen kann, stellt sich die Frage, wer diese Abklärungen übernehmen kann. Gelegenheit macht Diebe – dieses Motto gilt auch in der Sozialhilfe. Es wird aber nie eine deliktfreie Zone geben – auch nicht in der Sozialhilfe. Aber man kann einiges unternehmen, um das Betrügen zu erschweren. Auch darin stimmt die SP den Ausführungen des Stadtrates zu. Es braucht genügend zeitliche Ressourcen für die Mitarbeitenden der Sozialhilfe. Sie müssen Zeit haben, um sich mit den Sozialhilfebezügern auseinanderzusetzen und die soziale und berufliche Integration voranzutreiben. Das ist die wirksamste Prävention - zusammen mit einem guten Kontrollsystem, über das die Stadt Winterthur verfügt. Menschen, die erneut Perspektiven und einen Platz in der Gesellschaft haben, entwickeln erfahrungsgemäss weniger kriminelle Energie. Die Sozialinspektoren in Zürich übernehmen die Ermittlungsarbeit, die in Winterthur die Polizei macht. Damit kann es zu Doppelspurigkeiten kommen. Das liegt nicht im Interesse der Stadt.

**F. Helg (FDP):** Sozialhilfemissbrauch ist als politisch relevantes Thema anerkannt. Auch gerade darum, weil immer wieder parlamentarische Vorstösse dazu eingereicht worden sind – das war 2004, 2006, 2009 und mit der vorliegenden Interpellation 2010 der Fall. Griffige Mittel zur Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs sind inzwischen vorhanden, so etwa im Rahmen des kantonalen Sozialhilfegesetzes. Im letzten Jahr haben die Stimmberechtigten über eine Referendumsabstimmung Änderungen gutgeheissen, die es ermöglichen, den Informationsaustausch unter den Behörden zu verbessern. Das vereinfacht es auch, von Dritten gemeldete Verdachtsfälle einfacher zu behandeln. Aber auch in der Stadt Winterthur ist das Instrumentarium vorhanden, um Sozialhilfemissbrauch zu bekämpfen: F. Helg weist auf die Antwort auf Seite 2 der Weisung hin: Verhinderung von Sozialhilfemissbrauch – was tun die Sozialen Dienste? Sozialhilfeinspektoren haben bekanntlich bei uns keine politische Mehrheit gefunden. Wichtig ist daher die jährliche Anspruchsüberprüfung, wie sie in der Antwort zu Frage 1 erwähnt ist. Wenn hier systematisch und gründlich vorgegangen wird, besteht sicher ein guter „Filter“. Diese Prüfung wird auch seriös durchgeführt. Allerdings ist diese jährliche Überprüfung keine neue Errungenschaft, auch keine Winterthurer Eigenheit. Sie ist nämlich seit jeher in der kantonalen Sozialhilfeverordnung vorgesehen. Nur ist man mit dieser Kontrolle in der Praxis unterschiedlich umgegangen.

Zu Frage 3: Wie kann die Missbrauchsbekämpfung gesteuert werden? In der Tat: Es fehlen parlamentarische Steuerungsmittel. Die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) hat jüngst die Zielvorgaben bei den Sozialen Diensten überprüft. Parteiübergreifend ist dabei festgestellt worden, dass es sehr schwierig ist, die Missbrauchsbekämpfung und ihren Erfolg messbar und steuerbar auszuweisen. Aber es gibt durchaus eine Relation zwischen dem Mass der eingesetzten Mitteln und den aufgedeckten Fällen, wenn man die zwei Extremvarianten gegenüberstellt: Man macht gar nichts; dann wird der Missbrauch sicher zunehmen. Oder umgekehrt: Man hat eine richtige „Sozialhilfearmee“; dann ist klar, dass auch

mehr aufgedeckt wird. Das richtige Mass zu finden, das muss einer politischen Würdigung überlassen sein. F. Helg bittet den Stadtrat, die Zahlen betreffend Sozialhilfemissbrauch zukünftig im Geschäftsbericht auszuweisen. Dann wäre das auf einen Blick ersichtlich. Unbefriedigend erscheint, dass der Aufwand für die polizeilichen Ermittlungen, welche von den Sozialen Diensten in Auftrag gegeben werden, nicht ersichtlich ist (Frage 5 und 8). So besteht keine Transparenz. Es sind ja immerhin rund 30 bis 40 Abklärungsaufträge an die Polizei. Gibt es da Handlungsbedarf? Dies ist sicher nicht der letzte parlamentarische Vorstoss zu diesem Thema. Deshalb ist der Verwaltung sicher auch bewusst, dass ihr Vorgehen nach wie vor gut beobachtet wird. Man muss sich immer wieder bewusst machen: Eine effiziente Missbrauchsbekämpfung hilft gerade auch all denjenigen, die tatsächlich auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind, weil sie dann nicht dem Generalverdacht eines Missbrauchs ausgesetzt sind.

**K. Brand (CVP):** Die CVP-Fraktion bedankt sich für die Beantwortung der Interpellation „städtische Einschätzung zum Sozialhilfemissbrauch in Winterthur“. Die jährliche Fallzahlen und Kosten erfordern vermehrte Aufmerksamkeit der Kontrollorgane. Sozialhilfemissbrauch muss durch langfristige, scharfe Kontrollen ermittelt und geahndet werden. Die CVP fragt sich dennoch, ob die Missbrauchsrate tatsächlich ausreichend aufgedeckt wird. Die Anzahl Fälle, die nicht aufgedeckt werden und die steigenden Kosten machen der CVP Sorgen. Armutsbetroffenen Menschen, die tatsächlich auf die Hilfe dringend angewiesen sind, werden durch diese Missbräuche ebenfalls in die Kontrollmühle gesteckt und vermehrt kontrolliert. Die CVP-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort kritisch zur Kenntnis.

**D. Berger (Grüne/AL)** hat die Frage gestellt, ob eine interne Verrechnung des Polizeieinsatzes geplant ist. Das ist nicht mit der Intension erfolgt, dass verrechnet werden soll. Es handelt sich dabei um eine polizeiliche Aufgabe, die ohne Verrechnung geleistet werden soll, ausser man ist der Meinung, dass die Tätigkeit der Polizei generell verrechnet werden soll. Damit würde aber einer schleichenden Privatisierung Vorschub geleistet. Jede Handlung erhält damit einen gewissen Wert. Am Ende werden die Leistungen von privaten Anbietern ständig darauf hin geprüft, ob sie billiger sind. Das wäre ein typisches Trojanisches Pferd, das eingeschleust würde. Damit ist die Grüne/AL-Fraktion nicht einverstanden. Die Abklärungen sind eine polizeiliche Aufgabe wie andere auch.

**B. Günthard Fitze (EVP/EDU):** Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Was klar aus den Antworten hervorgeht, ist die Tatsache, dass die jährlichen Kontrollen der Revisionsstelle Missbrauchsfälle aufdecken konnten, und dass die Fälle leicht zurückgegangen sind. Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist sinnvoll und effizient. Es ist bekannt, dass im Hinblick auf renitente und schwierige Personen die Polizei eher Einsicht in die entsprechenden Daten hat als ein Sozialdetektiv. Was nicht vergessen werden darf, ist die Fürsorgebehörde, die eine nicht zu unterschätzende Rolle im ganzen Prozess spielt. Sie ist zudem sehr an Effizienz interessiert und bildet ein zusätzliches Aufsichtsgremium. Die EVP/EDU-Fraktion nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis.

**Stadtrat N. Galladé** dankt für die Debatte. Der Kommissionspräsident hat es bereits erwähnt – Sozialhilfemissbrauch ist seit längerem ein Diskussionsthema. Diesmal wurde die Diskussion weniger emotional geführt, als in der Vergangenheit. Es ist richtig, dass das Parlament dieses Problem im Auge behält. In diesem Sinne steht Stadtrat N. Galladé auch in Zukunft gerne unter Beobachtung. Festzuhalten sind einige unbestrittene Tatsachen. Es gibt Sozialhilfemissbrauch und alle sind sich einig, dass dieser Missbrauch konsequent bekämpft werden muss. Wie bei jeder Missbrauchsbekämpfung müssen die Ressourcen verhältnismässig und effektiv eingesetzt werden, im Wissen darum, dass weder bei diesem noch bei einem anderen Missbrauch ein Nullwert erzielt werden kann. Die Meinung des Stadtrates wird offenbar von der Mehrheit im Gemeinderat geteilt, dass nämlich die Art und Weise wie die Stadt vorgeht, einem vernünftigen und verhältnismässigen Einsatz entspricht. Der Stadtrat muss sich aber immer wieder hinterfragen, damit Verbesserungen vorgenommen werden können. Das ist selbstverständlich. U. Holenweg hat bedauert, dass der Stadtrat die Dunkelziffer nicht erwähnt hat. Das ist nicht einfach. Ganz salopp wäre gewesen,

wenn der Stadtrat einfach einen dunklen Strich eingefügt hätte. In der Literatur gibt es zwar mögliche Erhebungen zur Dunkelziffer. Aber es ist schwierig zu eruieren, wie hoch diese in Winterthur ist. Sie liegt wahrscheinlich in einem Bereich, der leicht höher liegt, als die Anzahl der aufgedeckten Missbrauchsfälle. Wichtig ist, dass vor der Einführung von zusätzlichen Massnahmen ein Missbrauch oft über mehrere Jahre hinweg nicht entdeckt worden ist. Das kann mit den jährlichen Kontrollen mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden. Wenn erklärt wird, dass man in Zürich mit dem Einsatz von Sozialdetektiven näher an die Dunkelziffer herankommt, dann kann sich Stadtrat N. Galladé dieser Ansicht im Wesentlichen anschliessen. In Winterthur heissen die Sozialdetektive einfach Stadtpolizisten. In der Stadt Zürich gehen die Sozialdetektive ebenfalls Hinweisen nach, die sie mehrheitlich von den Sozialen Diensten erhalten. Das funktioniert ähnlich wie in Winterthur. Vor 10 Tagen wurde der Stadtrat von der Fürsorgebehörde über die Vorgehensweisen in Zürich und in Winterthur informiert. Das Vorgehen in Winterthur ist zum grossen Teil unbestritten. Es gibt durchaus Themen über die sich der Stadtrat mit der Stadt Zürich austauscht. Damit sollen Verbesserungen erreicht werden. Die Abteilung vertiefte Abklärungen in der Stadt Zürich befasst sich beispielsweise mit komplexen Anlagen, teilweise auch mit dem Besitz von Immobilien im Ausland. Je nach dem können Leistungen eingekauft werden. Der Stadtrat ist in dieser Hinsicht durchaus offen. Es ist unbestritten, dass sich auch Winterthur noch verbessern kann. Die Differenz Sozialdetektive oder Sozialinspektoren ist letztendlich eher eine begriffliche Sache. Wichtig ist, dass die Qualität der Ermittlungen der Stadtpolizei sehr hoch ist und die Ergebnisse auf Gerichtsebene mit grossem Erfolg verwendet werden können. S. Gygax wollte wissen, wie Missbrauch genau definiert wird. In der Statistik sind Missbräuche erwähnt, die zu einer Rückerstattungspflicht führen. Es handelt sich nicht immer um Missbrauch im strafrechtlichen Sinne. Wenn durch fehlende Angaben zuviel Geld ausgezahlt wurde und die Stadt eine Rückerstattung fordert, wird das in der Statistik erfasst. In den meisten Fällen wird auch strafrechtlich vorgegangen.

Die Frage nach einer Abgeltung der Polizeiarbeit wurde vom Stadtrat etwas knapp beantwortet. Bisher wurde der Stadtpolizei kein Entgelt ausgezahlt. In der Antwort zu Frage 8 wird dieses Vorgehen wie folgt begründet: „Mit Bezug auf die angesprochene Aufwandentschädigung ist zunächst auch verwaltungsintern von der allgemeinen strafprozessualen Regel auszugehen, dass Kosten für ein polizeiliches Ermittlungsverfahren, das durch eine Strafanzeige veranlasst wird, grundsätzlich nicht vom Anzeigersteller zu tragen sind.“ Das ist ein Grundsatz und kann stossend sein oder nicht. Eine Änderung müsste überall eingeführt werden. Zudem wurde folgender Passus in die Weisung aufgenommen: „Sollte jedoch wider Erwarten die Zahl der Ermittlungsaufträge das für die Stadtpolizei verkraftbare Mass übersteigen, könnte eine angemessene finanzielle Abgeltung des Aufwands der Stadtpolizei dennoch in Erwägung gezogen werden.“ Es ist nicht so, dass die Polizei übermässig belastet werden kann. Es ist auch ein Wunsch der Polizei, die Zahl der Missbräuche nicht ganz offiziell zu nennen. Der Aufwand ist, wenn man von Stellenprozenten ausgeht, in einem vertretbaren Mass. Der Stadtrat pflegt einen sehr guten Austausch mit der Polizei und wird auf diesen Punkt achten. Stadtrat N. Galladé dankt für die Kenntnisnahme, ob ehre positiv oder auch kritischer. Er ist sich bewusst, dass der Sozialhilfemissbrauch ein Dauerthema bleiben wird.

**U. Holenweg (SVP):** Wenn man einen dunkeln Raum betritt ohne Licht muss man eine Taschenlampe zu Hilfe nehmen um Licht in diesen Raum zu bringen. Das entspricht im übertragenen Sinn der Aussage von U. Holenweg in seinem Votum. Es ist langsam langweilig, wenn die andere Ratsseite der SVP ständig unterstellt, dass sie gegen Randgruppen ist. Das ist das immer gleiche politische Thema.

**Ratspräsident J. Lisibach** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen eingegangen sind, damit ist Geschäft 2010/094 erledigt und wird abgeschrieben.

## 5. Traktandum

## **GGR-Nr. 2008/113: Antrag und Bericht zum Postulat St. Fritschi (FDP) betreffend Auslagerung des Vollzugs der AHV/IV-Zusatzleistungen zur Sozialversicherungsanstalt (SVA) des Kantons Zürich**

---

**F. Helg (FDP):** Die FDP-Fraktion beantragt dem Rat, vom Bericht des Stadtrats in ablehnendem Sinn Kenntnis zu nehmen. F. Helg dankt für die umfassende Abklärung der ganzen Problematik. Gesamthaft resultiert nach wie vor eine Kosteneinsparung bei einer Auslagerung des Vollzugs zur Sozialversicherungsanstalt von Fr. 30 pro Dossier bzw. insgesamt rund Fr. 106'000. Wenn man die Herleitung der Berechnung der Kosten nach verfolgt, so bekommt man den Eindruck, dass der politische Wille – nämlich keine Auslagerung – auch den Kostenvergleich stark beeinflusst hat. So ist durchaus noch ein gewisser Spielraum auszumachen: so etwa bei den Verrechnungen und Umlagen und bei den Abgrenzungen. Auch im vorhergehenden Traktandum waren die Differenzen auszumachen. Ein gewisser Anteil muss aber verrechnet werden. Aber auch die Abgeltung für die Software für die Fallführung von Fr. 24' 000 an die Stadt Zürich sind hoch, und man fragt sich, ob man beim Abschluss der damaligen Vereinbarung wirklich eine glückliche Lösung gefunden hat. Offenbar hat man jetzt immerhin eine Reduktion um Fr. 40'000 erwirken können. Im Endeffekt dürfte es also realistischerweise gewisse Unschärfen geben. Das präsentierte Ergebnis scheint nicht das einzige richtige zu sein. Die kantonale Lösung ist sicher noch günstiger als es jetzt aussieht. Dazu kommt, dass auch mit der offerierten kantonalen Lösung ein Erstgespräch in Winterthur stattfindet. Darum macht es für den Einzelnen auch keinen Unterschied. So oder anders könnten also die Dienstleistungen an Ort in Anspruch genommen werden. Fazit: Die kantonale Lösung ist nach wie vor eine Option für die FDP. Das Resultat des Postulatsberichts befriedigt nicht. Darum nimmt die FDP den Bericht in ablehnendem Sinn zur Kenntnis.

**B. Baltensberger (SP):** Die SP-Fraktion ist mit dem Antrag und dem Bericht zum Postulat Auslagerung und Vollzug der AHV/IV-Zusatzleistungen zur Sozialversicherungsanstalt (SVA) des Kantons Zürich zufrieden. Sie schliesst sich der ablehnenden Haltung des Stadtrates gegenüber dieser Auslagerung an die SVA an. Der Verwaltungsaufwand für die Zusatzleistungen ist mit 2,8 % äusserst bescheiden. Mit gut 12 Stellen werden etwa 3'200 Fälle bearbeitet. Ein Sparpotential gibt es nicht. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie schlank die städtische Verwaltung unterwegs ist. In den letzten Jahren sind die Kosten für die Zusatzleistungen gestiegen. Das hat nichts mit den Verwaltungskosten zu tun, sondern mit den zunehmenden Fallzahlen. Die Leistungen sind gesetzlich definiert, deshalb besteht kein Spielraum. Neben der Effizienz in der Verwaltung spielt die fachliche Kompetenz und die Kundenfreundlichkeit eine wichtige Rolle. Das Winterthurer Amt für Zusatzleistungen geniesst seit Jahren einen ausgezeichneten Ruf. Auch in dieser Hinsicht wird mit der Auslagerung nichts gewonnen. B. Baltensberger rät davon ab eine gut funktionierende Verwaltungsabteilung zu killen. Es sind Mehrkosten für die Stadt von gut 105'000 Franken gegenüber der Offerte der SVA hochgerechnet worden. Wobei die EDV-Kosten für die Fallführung nicht eingerechnet worden sind. B. Baltensberger kann sich nicht vorstellen, dass der Kanton darauf verzichten wird, diese Kosten zu berechnen. Die Stadt hat bei anderen Auslagerungen, zum Beispiel des Jugendsekretariats, erfahren müssen, dass sie später zur Kasse gebeten wird. Leider kann die Stadt die Kosten nicht mehr beeinflussen. Es wäre unverantwortlich, dieses Risiko einzugehen.

Die Auslagerung der Ausrichtung der Zusatzleistungen an den Kanton bringt niemandem Vorteile. Es wäre ein Schlag ins Leere beziehungsweise ins Ungewisse. Mit einem Aufwand von über 90 Millionen sind die Zusatzleistungen für die Stadt ein wichtiges Geschäft. Die SP hat ein grosses Interesse daran, dass diese Dienstleistung weiterhin so professionell und kostengünstig erbracht werden kann. Wichtig ist auch die enge Zusammenarbeit mit anderen Sozialversicherungen vor Ort. Das gelingt aber nur, wenn die Stadt die Zügel selber in der Hand behält und die Zusatzleistungen in ihrem unmittelbaren Einflussbereich belassen werden. Eine Auslagerung an die SVA kann für kleine Gemeinden von Vorteil sein, weil sie nicht in der Lage sind entsprechendes Fachpersonal zu stellen. B. Baltensberger kann die Haltung der FDP nicht verstehen. Die SVA Zürich ist eine grosse Organisation, dass sie günstiger arbeiten kann als Winterthur ist nicht vorstellbar. In dieser Hinsicht ist B. Baltensberger enttäuscht von der FDP. Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber. In diese Richtung würde eine Auslagerung gehen. Von der FDP wünscht sich B. Baltensberger origineller Sparideen.

**B. Günthard Fitze (EVP/EDU):** Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Wenn man bedenkt, wie kompliziert es für viele Menschen ist, mit diesen Anträgen umzugehen, um dann von Ort zu Ort geschickt zu werden, ist es sinnvoll, effizienter und bürgerfreundlicher, wenn die Stelle für Zusatzleistungen bei der Stadt Winterthur bleibt. Die Kompetenz ist vorhanden, arbeiten doch fachlich sehr gut qualifizierte Leute an dieser Stelle. Auch wenn die Kosten in Winterthur etwas höher liegen ist die Differenz nicht genügend gross für eine Auslagerung. Durch die Auslagerung des Jugendsekretariats zum Kanton wurde die Zusammenarbeit sehr kompliziert. Zwei verschiedene Organisationen versuchen sich die Kosten zuzuschieben und sich gegenseitig abzugrenzen. Das kann nicht das Ziel sein. Die EVP/EDU-Fraktion nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis und hofft, dass der Vollzug der Zusatzleistungen bei der Stadt bleibt.

**Ch. Griesser (Grüne/AL):** Der Bericht zum Postulat ist bereits unzählige Male taktandiert und immer wieder verschoben worden. Ch. Griesser hat bei der Vorbereitung zur heutigen Sitzung das Votum erneut überarbeitet und reduziert, in der Hoffnung, dass das Postulat behandelt wird. Er präsentiert eine verkürzte Fassung seines Votums. Die Grüne/AL-Fraktion nimmt vom Bericht zustimmend Kenntnis und kann sich nicht vorstellen, dass es günstiger wird, wenn eine Person während der Arbeitszeit von Zürich nach Winterthur fährt, die Leuten im Büro empfängt und danach wieder nach Zürich zurückkehrt.

**A. Steiner (GLP/PP):** Den Zahlen kann man glauben oder nicht. Aus Sicht der Fraktion wirkt die Zusammenstellung des Stadtrates glaubwürdig. Sie nimmt das Postulat zustimmend zu Kenntnis. Wesentlich sind nicht ausschliesslich die Zahlen sondern auch die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Diensten und die Kontakte zu privaten Organisationen. Wichtig ist, dass die Wege kurz sind und eine Absprache untereinander stattfindet. Wenn allenfalls eine kleine Einsparung möglich ist, wird sie nicht so hoch sein, dass die Vorteile aufgewogen würden, die ein Verbleib der Stelle für Zusatzleistungen bei der Stadt bietet.

**Stadtrat N. Galladé** dankt für die Auslegeordnung. Die Positionen sind, wie so oft, bereits bezogen. Man kann zu einer Auslagerung unterschiedlicher Meinung sein. Letztlich hat der Stadtrat die Vor- und Nachteile seriös verglichen und ist zum Schluss gekommen, dass die Kosten ähnlich hoch sind. Wenn man einen seriösen Vergleich macht, müssen auch die Umlagen aufgeführt werden. Ob die Abteilung bei der SVA ist oder weiterhin bei der Stadt der Lohn des Stadtrates wird sich dadurch nicht ändern. Das sind die Umlagenregelungen auf die einzelnen Produktgruppen und Abteilungen. In der Umsetzung besteht ein Spielraum. Wenn eine Vollkostenrechnung gemacht wird, entspricht das der strafprozessualen Regelung, wer Anzeige erstattet soll nicht selber zur Kasse gebeten werden. Wenn auf der anderen Seite Umlagen verrechnet und offengelegt werden, sind entsprechende Gesetze vorhanden, wie das erfolgen soll. Der Stadtrat hat analysiert was die Stadt nach einer Auslagerung dieser Abteilung hat und was sie nicht mehr hat. Das Ergebnis hat gezeigt, dass

die Bandbreite sehr klein ist. Deshalb hat der Stadtrat befunden, dass die Vorteile in Bezug auf die Zusammenarbeit und der Einfluss über einen der höchsten Ausgabeposten der Stadt wichtiger sind, als Einsparungen im Promillebereich, die im Nachhinein doch nicht zutreffen. Letzte Woche bei der Rechnungsabnahme hat der Stadtrat eine Rechnung für die Jugendhilfe erhalten, die von der Stadt bezahlt werden muss. Das Sprichwort, wir müssen sparen, koste es was es wolle, macht nicht in jedem Fall Sinn. Hier liegen die Ausgaben so nahe zusammen, dass bei einer Auslagerung keine Vorteile resultieren. Letztlich macht eine Auslagerung für die kleinen Gemeinden Sinn. Winterthur ist aber zu gross. Zollikon ist mit 12'000 Einwohnern die grösste Gemeinde, die den Vollzug der Zusatzleistungen an die SVA ausgelagert hat. Die Ratsmitglieder müssen sich überlegen in welcher Liga Winterthur spielt. Die Stadt kann sich mit Zürich, Uster und Dietikon vergleichen und kann den Vollzug weiterhin selber übernehmen. Stadtrat N. Galladé dankt den Ratsmitgliedern für die mehrheitlich positive Kenntnisnahme.

**Ratspräsident J. Lisibach** lässt über den Antrag der FDP abstimmen den Bericht zum Postulat negativ zur Kenntnis zu nehmen.

**Der Rat** lehnt den Antrag ab und nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

## 6. Traktandum

### **GGR-Nr. 2010/109: Beantwortung der Interpellation M. Meyer (SP), B. Baltensberger (SP) und A. Daurü (SP) betreffend Armut in Winterthur**

---

**B. Baltensberger (SP):** Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine ausführliche Beantwortung der Interpellation. Die Sozialhilfequote von 4,4 % bewegt sich im Mittelfeld der schweizerischen Städte. Die zukünftige Entwicklung in diesem Bereich hängt sehr stark von der Konjunktur, der Zusammensetzung der Bevölkerung und der Anzahl Arbeitsplätze ab. Der Stadtrat betont in seiner Antwort die Wichtigkeit im präventiven Bereich. Wichtig ist eine gute und enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ämtern und Fachbereichen in Fragen der sozialen Sicherung wie Berufsintegration von jungen Sozialhilfebeziehenden oder Frühförderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien. Verschiedene Hilfsangebote sind vorhanden wie subventionierte Kitaplätze, Projekte der offenen Jugendarbeit und spezifische Integrationsprogramme wie Jump und Jumpina für Schulabgänger, Deutschkurse ect. Das sind wichtige Angebote auch für die Förderung der Chancengleichheit. Zudem wurden in jüngster Zeit neue Angebote geschaffen, zum Beispiel der Treffpunkt für Armutsbetroffene. Das Internetcafe gibt Armutsbetroffenen Raum und die Möglichkeit für soziale Interaktionen, Informationsbeschaffung und Austausch. Dieser Treffpunkt wird von den Betroffenen in Eigenregie geführt. Damit wird den Aspekten Selbstorganisation und Selbsthilfe Rechnung getragen. Zudem wird ein Beitrag geleistet gegen die soziale Ausgrenzung. Das Projekt ist zukunftsweisend und wird verdankenswerter Weise von der Kirchgemeinde unterstützt.

Ein zentraler Punkt in der Armutsbekämpfung ist die berufliche Integration. Das ist auch für junge Eltern wichtig, die ein Vorbild für die nachkommende Generation sind. Der Arbeitsmarkt stellt hohe Ansprüche und mit der beruflichen Integration werden entscheidende Weichen gestellt. Die Sozialhilfe ist hier noch mehr gefordert, in Absprache mit anderen beteiligten Stellen wie zum Beispiel das RAV, die Beschäftigungsfähigkeit der Sozialhilfebeziehenden zu fördern. Vor allem für die Integration junger Leute braucht es mehr Anstrengungen und die entsprechenden Ressourcen. Für Schulabgänger gibt es erfreuliche Nachrichten. Das Angebot des 10. Schuljahres wurde massiv ausgebaut. Das Werkschuljahr und die hauswirtschaftliche Fortbildungsschule werden ab Schuljahr 2012/2013 um ein Bildungs- und Vorbereitungsangebot erweitert. Mit all diesen Massnahmen und Angeboten ist Winterthur nicht schlecht aufgestellt. Chancengleichheit, soziale Ausgrenzung, berufliche und soziale Integration sind die zentralen Themen. Soziale Integration ist notwendig, weil der Arbeitsmarkt nicht alle erwerbslosen Personen aufnehmen kann. Die Armutsbekämpfung

muss sich stetig weiterentwickeln und sich an den neuen Erfordernissen orientieren. Es gibt kein Ausruhen auf dem bisher Erreichten. In diesem Sinne nimmt die SP-Fraktion die Interpellationsantwort im positiven Sinn zur Kenntnis.

**K. Brand (CVP):** Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation „Armut in Winterthur“. Sie steht hinter der Aussage, dass diese Armut in Winterthur auf unterschiedliche Weise definiert werden kann. Diese Definitionen sind in der Antwort hinreichend beschrieben. Dass aber dennoch ca. 8'000 Menschen in Winterthur von Armut betroffen sind und die Hälfte davon durch die Sozialhilfe unterstützt wird, ist bedenklich. Auch bemerkenswert ist die Tatsache, dass viele Menschen aus unterschiedlichen Gründen auf diese Hilfe verzichten. Diese ehrenhaften Menschen treten aber kaum in Erscheinung. Auch dass der Stadtrat über die Stadtentwicklung sich zum Ziel gesetzt hat, für die ganze Bevölkerung eine hohe Lebensqualität zu erreichen ist erfreulich. Alle Bewohnerinnen und Bewohner werden in der Beantwortung aufgefordert, ihren Beitrag an die Armutsbekämpfung zu leisten. Das ist ganz im Sinne der CVP und wird unterstützt.

**F. Helg (FDP):** Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Interessant sind namentlich auch die aufdatierten statistischen Grundlagen. Es ist richtig, Armut umfassend zu betrachten, wie das auf Seite 2 der Antwort steht und sich dabei nicht bloss auf die Einkommensschwäche zu begrenzen. In der Antwort zur Frage 1 machen die nackten Zahlen nachdenklich. Es sind viele Einzelschicksale, und zudem ist die Sozialhilfe ja das letzte soziale Netz. In absoluten Zahlen sind ca. 8'000 Personen von Armut betroffen. 4'300 Personen werden mit Sozialhilfeleistungen unterstützt. Inzwischen sind es sogar 4'800 Personen, das kann man im Geschäftsbericht 2011 nachlesen. Allein diese Zahlen sind wohl nicht so genau fassbar. F. Helg hat einmal nachgerechnet und diese Zahlen auf Quartiere bezogen: 8'000 Personen in Armut entsprechen den Einwohnerinnen und Einwohnern der Quartiere Schlosstal und Oberfeld – oder der Einwohnerzahl von Seuzach und Dinhard zusammen. 4'300 Personen mit Bezug von Sozialhilfeleistungen entsprechen den Einwohnerinnen und Einwohnern im dicht besiedelten Quartier Waser – oder der Einwohnerzahl von Wiesendangen. In relativen Zahlen scheint dagegen die Sozialhilfequote im Durchschnitt von vergleichbaren Städten zu liegen.

Es wird auch ausgeführt: Die Armutssituation ist auch entscheidend von den sozioökonomischen Rahmenbedingungen abhängig (Antwort zu Frage 1). Deshalb ist es wichtig: Die Wirtschaft muss funktionieren; nur dann hat es genügend Arbeitsplätze. Antwort zu Frage 2: Zahlreiche Angebote sind bereits vorhanden, und sie sind aufgelistet, wie z.B. Integration für Ausländer, Famex. – Es gibt aber auch viele private Angebote. Daran ist zu erinnern, weil sie nicht aufgeführt sind, wohl weil die Fragestellung sich aufs städtische Angebot bezieht. Fr. 75 Millionen machen die Ausgaben im Bereich der sozialen Sicherung aus, eine enorme Summe. Das sind Fr. 750.- pro Einwohnerin und Einwohner. Das zeigt, dass die Bekämpfung der Armut immer ein Thema sein muss. Antwort zu Fragen 3 und 4: Die Auflistung der weiteren Massnahmen ist beeindruckend. Es wird viel gemacht, doch wie ist die Wirkung? Es heisst richtig: „Alle ... Angebote erzielen die gewünschte Wirkung nur dann, wenn sie die Zielgruppen tatsächlich erreichen.“ In der Wirkungserforschung gibt es möglicherweise noch Defizite und damit Risiken, dass das Geld „falsch“ eingesetzt wird. Richtig ist, dass Selbsthilfe gefördert wird. Das ist ein wesentlicher Aspekt. Antwort zu Frage 5: Die Schwerpunkte in der Armutsbekämpfung sind grundsätzlich richtig gesetzt: Es geht um die soziale und berufliche Integration. Dabei ist der Begriff „soziale Nachhaltigkeit“ womöglich etwas diffus. Aber heute kommt man ja nicht mehr an diesem Begriff vorbei.

**D. Berger (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Vor Monaten hat D. Berger eine marxistische Einleitung geschrieben. Diese will er den Ratsmitgliedern aber ersparen. Die vorangegangene Debatte wiederholt sich teilweise. Armut ist auch von der Wirtschaft abhängig. Wie viele Arbeitsplätze sind vorhanden? Wer ist betroffen? Wer kann sich selber versorgen, wer nicht? Es geht um die gleichen Fragen wie in der Sozialhilfe. Es läuft darauf hinaus, dass Armut auf der einen Seite verwaltet wird, sprich, prekäre Lebenslagen sollen verhindert werden. Auf der anderen Seite steht die Armutsprävention, die sehr schwierig ist, weil wir in einem komplexen System leben, die

aber trotzdem in Angriff genommen werden muss. Die Grüne/AL-Fraktion ist mit den Antworten einverstanden. Die Hilfe zur Selbsthilfe ist die eine Seite. Das Internetcafe ist ein positives Beispiel. Wenn Initiativen ergriffen werden, ist es wichtig, dass die Stadt hilft, die Ideen umzusetzen. Dabei soll sie den Leuten die Möglichkeit geben selber mitzuhelfen und am Projekt zu wachsen. D. Berger hat verschiedentlich gehört, dass die Stadt zu wenig geholfen hat. Das sind aber individuelle Ansichten derjenigen, die in einer Gruppe mitgeholfen haben. Das wichtigste ist die Prävention. Das bedeutet Bildung, wenn es um Armut geht. Wir leben in einer Gesellschaft, die hoch spezialisiert ist, das heisst die einfachen Arbeitsplätze sind weitgehend verloren. Alles ist sehr Kopflastig. Das liegt nicht allen. Die Gesellschaft muss sich die Frage stellen, wie sie damit umgehen will. Es kann nicht sein, dass alle in der Armut landen, die handwerklich begabt sind. Wichtig ist aber auch, dass diejenigen Zugang zur Bildung erhalten, die gerne mit dem Kopf arbeiten, zumal die Schweiz noch immer ein Land mit sehr tiefem Bildungsdurchfluss ist. Wenn jemand in einem bildungsfernen Elternhaus aufgewachsen ist, sind seine Bildungschancen sehr eingeschränkt, im Gegensatz zu anderen Ländern. Deshalb ist Bildung und Förderung wichtig. Wichtig ist auch, dass nicht alle Kinder aus problematischen Familien unter Dauerbeobachtung gestellt werden.

**B. Günthard Fitze (EVP/EDU):** Die Zahlen wurden in der Antwort umfassend dargestellt. Was besonders bedenklich stimmt ist, dass in der Altersgruppe unter 16 Jahren 8,3 % von Armut betroffen sind. Das ist deshalb bedenklich, weil diese Kinder und Jugendlichen noch ihr ganzes Leben vor sich haben. In der Antwort zu Frage 4 hat der Stadtrat aufgezählt, was in Winterthur unternommen wird, um diese Altersgruppe besonders zu unterstützen. Sicher ist es wichtig auch in Zukunft ein besonderes Augenmerk auf diese Probleme zu halten. Das Parlament hat es ein Stück weit in der Hand gewisse Beiträge bei Bedarf zu erhöhen. B. Günthard Fitze erinnert an das letzte Budget. Damals ist der Beitrag für die Spielgruppe nicht erhöht worden. Dass die Eltern eine wichtige Rolle spielen, und dass sie unbedingt einbezogen werden müssen, ist klar. Was der Stadtrat in seiner Antwort nicht erwähnt hat, sind die Angebote von privaten und kirchlichen Gruppierungen, die seit langem in diesem Bereich arbeiten und verschiedene Angebote bereitstellen, die eine sinnvolle Ergänzung bilden zu den öffentlichen Stellen.

**M. Wäckerlin (GLP/PP)** dankt dem Stadtrat für die interessante Antwort. Vieles wurde bereits gesagt. Die GLP/PP-Fraktion sieht es auch so wie der Stadtrat, dass die Stadtentwicklung ein wichtiger Faktor ist, auf den die Stadt Einfluss nehmen kann. Darum verlangt die GLP/PP-Fraktion vom Stadtrat, bei der Stadtplanung darauf Rücksicht zu nehmen und insbesondere das Verhältnis von Einwohnern zu Arbeitsplätzen massiv zu Gunsten der Arbeitsplätze zu verschieben. Die Fraktion schätzt das gute Angebot der Stadt an Hilfsmöglichkeiten. Mit der Frühförderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien zum Beispiel kann man die Armut im Ansatz bekämpfen, indem man die Abwärtsspirale für die nächste Generation unterbricht. Hilfe zur Selbsthilfe ist aus Sicht der Fraktion der beste Weg zur Armutsbekämpfung. Besonders störend ist die hohe Sozialhilfequote unter Kindern und Jugendlichen. Die Stadt hat hier verschiedene Massnahmen getroffen, es sollte in einigen Jahren geprüft werden, ob diese ausreichen. Der Stadtrat hat richtig erkannt, dass Bildung die entscheidende Massnahme gegen Armut, insbesondere bei Jugendlichen, ist. Die Fraktion unterstützt Massnahmen in diese Richtung.

**Stadtrat N. Galladé** dankt den Ratsmitgliedern für die Diskussion. Die Interpellation hat dem Stadtrat die Möglichkeit gegeben das Gebiet Armutsbekämpfung umfassend darzulegen. Das hat zu einer Interessanten Debatte geführt. Obwohl auf die marxistische Grundsatzrede von D. Berger verzichtet werden musste, wurden verschieden wichtige Themen aufgegriffen. B. Baltensberger (SP) hat die Übergänge der Jugendlichen von der Schule in die Lehre ins Zentrum gestellt. F. Helg (FDP) hat eindrücklich gezeigt, wie die Einzelfälle in der Summe eine grosse Anzahl von Menschen umfassen. B. Günthard Fitze (EVP/EDU) und M. Wäckerlin (GLP/PP) haben ihren Schwerpunkt auf die Frühförderung gelegt. Hier geht es darum die Weichen früh zu stellen, im Zusammenhang mit dem nicht ganz so durchlässigen System. Die Aussage, dass sich eine Gesellschaft daran messen lassen muss, wie sie mit ihren

schwächsten Mitgliedern umgeht, gilt auch für Winterthur. In den Legislaturzielen des Stadtrates ist festgehalten, dass eine umfassende Nachhaltigkeit – wirtschaftlich, ökologisch und sozial – angestrebt wird. Es geht um ein gutes gesellschaftliches Zusammenleben. Das entspricht einem Grundsatz der Stadt Winterthur. Deshalb ist Armutsbekämpfung sicher wichtig. Man kann das aber nicht ausschliesslich an der sozialen Hilfe festmachen. Armutsbekämpfung und eine soziale Stadt sind umfassende Begriffe, die den Bildungsbereich, den Arbeitsbereich, die Gesundheit, den Verkehr, den Städtebau und die Stadtentwicklung umfassen. Die Verteilung nach einzelnen Stadtkreisen ist sehr eindrücklich. Gut ist, dass innerhalb der Stadtkreise eine gewisse Durchmischung festzustellen ist.

Das Ziel soll eine höchstmögliche Chancengerechtigkeit sein. Hier spielen auch die Angebote für Migrantinnen und Migranten eine Rolle. Der Integrationsbegriff muss aber immer mehr geöffnet werden. Letztlich ist vor allem die soziale Herkunft das ausschlaggebende Kriterium. Das ändert sich auch mit der neuen Zuwanderung. Viele neu Zugewanderte sprechen besser Deutsch als die Schweizerinnen und Schweizer. Aus diesen Gründen müssen der Begriff und damit auch die Angebote nicht nur für Ausländerinnen und Ausländer bereitgestellt werden, sondern für alle, die diese Angebote benötigen unabhängig von der Nationalität. Wenn die Stadt vorausschauend plant und eine soziale Stadtentwicklung vorantreibt, muss auf die Auswirkungen und auf das Zusammenleben geachtet werden. Die Stadt darf nicht nur auf Nachsorge setzen, die sich in den steigen Zahlen der Sozialhilfeempfänger manifestiert. Es braucht einen vorsorgenden Sozialstaat. Das Geld muss vorsorgend am richtigen Ort investiert werden. Stadtrat N. Galladé wünscht sich, dass die Wirkung der sozialen Ausgaben wissenschaftlicher untersucht wird. Dann würde das Geld sicher vermehrt in der Prävention eingesetzt, weil es sich auch rechnet. Ein Teil der Sozialhilfekosten und viele andere Kosten könnten damit eingespart werden. Auch dieses Thema wird leider weiterhin aktuell bleiben.

**Ratspräsident J. Lisibach:** Damit ist das Geschäft 2010/109 erledigt und wird abgeschlossen.

## 7. Traktandum

### **GGR-Nr. 2010/027: Antrag und Bericht zum Postulat R. Diener (Grüne), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP) und M. Zeugin (GLP) betreffend reduzierter Salzeinsatz im Winterdienst - Holzspäne statt Splitt**

---

**R. Diener (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion bedankt sich für den Bericht zum Postulat, wird aber nicht so richtig warm damit. Mit dem Postulat wurde kein genereller Einsatz von Holzspänen anstelle von Salz gefordert. Die Grüne/AL-Fraktion hat angeregt, dass diese auf den Gehwegen eingesetzt werden und nicht auf den Strassen. Im Vorfeld hat sich die Fraktion mit den Versuchen beschäftigt, die in anderen Städten gemacht wurden. Dabei musste festgestellt werden, dass die Späne in tieferen Lagen für einen flächendeckenden Einsatz auf den Strassen nicht geeignet sind. Sie werden, wie im Bericht zu Recht festgehalten wird, vom Verkehr mechanisch schnell von den Strassen entfernt und können ihre Wirkung daher nicht entfalten. Der Bericht argumentiert mit Erkenntnissen, die aus dem Versuch in Bern gewonnen wurden, dass nämlich die Späne nicht flächendeckend auf der Strasse eingesetzt werden können. 6 von 7 Punkten aus diesem Versuch beziehen sich auf die Strasse. Ein Punkt könnte sich auf befestigte Gehwege beziehen. In einem weiteren Punkt wird auf chaussierte Wege Bezug genommen. Es ist klar, dass Wege mit Kiesbelag nicht geeignet sind. Auf festen Gehwegen werden die Späne weniger rasch weggedrückt und sind deshalb sehr nützlich. Man kann die Argumente, die für die Strassen gelten, nicht eins zu eins auf die Gehwege übertragen. Die Grüne/AL-Fraktion erachtet die Analyse und damit die Antwort in diesem Punkt als nicht überzeugend. Die Fragestellung wurde nicht ernsthaft genug beantwortet.

Mit dem Postulat wurde primär angeregt, die Reduktion des Salzeinsatzes im Winterdienst zu prüfen. Damit sollte eine Diskussion angestossen werden. Der Stadtrat sollte sich Ge-

danken darüber machen, wie die verbreitete Schwarzräumung reduziert werden könnte. Es ist klar, dass es Ausnahmen geben muss. Auf Strassen auf denen der Bus verkehrt und sehr viel Verkehr herrscht, kommt man nicht ohne Salz aus. R. Diener macht trotzdem darauf aufmerksam, dass Salz die Umwelt belastet. Es ist ein Rohstoff, der gewonnen werden muss und der nicht einfach erneuerbar ist. Es wäre deshalb sinnvoll den Salzeinsatz zu reduzieren. Diese Einschätzung wird von vielen anderen Kommunen geteilt, auch von der Stadt Zürich. In Zürich wurde der Einsatz von Salz etwas zurückgedämmt. Man hat im Winter 2011/2012 gute Erfahrungen gemacht. Die Quartierstrassen wurden nicht mehr vollständig und flächendeckend schwarz geräumt. Dieses Vorgehen wird im Postulat auch für Winterthur vorgeschlagen. Man kann den Einsatz von Salz um mindestens 30 bis 40 % reduzieren. Im Bericht wird ausführlich mit Haftungsrisiken und gesetzlichen Vorschriften argumentiert. Diese würden den Spielraum einschränken. In Zürich scheint das nicht der Fall zu sein. R. Diener überzeugt die Argumentation des Stadtrates nicht. Es ist durchaus mehr Potential für eine Reduktion des Salzeinsatzes vorhanden. In einer parlamentarischen Vorgabe ist festgehalten: Alle Strassen müssen innert 12 Stunden befahrbar gemacht werden. Müssen sie zu diesem Zweck schwarz geräumt sein? Das ist nicht der Fall. Es würde auch anders gehen. Eine Strasse mit fester Schneedecke ist ebenfalls befahrbar. In Zürich wird abgewogen, wenn eine Vereisung entstehen könnte, dann ist klar, dass Salz eingesetzt werden muss. Im Bericht wird erwähnt, dass mit Solelösung gute Erfahrungen gemacht wurden. Um den Salzeinsatz zu reduzieren, wird vermehrt diese Salzlösung eingesetzt. Damit kann bis zu 50 % des Salzes eingespart werden. Bisher werden in Winterthur lediglich 2 bis 3 % des Salzvolumens als Solelösung verteilt. Hier liegt ein immenses Potential zugunsten eines umweltschonenden Salzeinsatzes. Im Bericht ist kein Hinweis darauf zu finden, ob in dieser Richtung ein Konzept erarbeitet werden soll und welche Konsequenzen zu erwarten wären. Auch in diesem Sinne genügt der Bericht nicht. Es ist schade, dass der Stadtrat diese Chance verpasst hat. Die Grüne/AL-Fraktion beantragt ablehnende Kenntnisnahme des Berichts.

**F. Landolt (SP):** Die SP-Fraktion kommt zu einem anderen Schluss als die Grüne/AL-Fraktion. F. Landolt dankt dem Stadtrat für den Bericht. Die Überlegungen sind plausibel, obwohl klar ist, dass auf den Quartierstrassen die weisse Pracht eigentlich möglichst lange erhalten werden soll. Es gibt aber immer der Moment, in dem diese weisse Pracht in Matsch übergeht. Dann wird es problematisch. Die SP nimmt den Bericht im Gesamten zustimmen zur Kenntnis. Auch die Erfahrungen aus Bern, die im Bericht aufgelistet werden, lassen gewisse Schlüsse zu. Der Einsatz von Holzspänen scheint für Winterthur nicht sehr geeignet. Die SP bleibt dabei, dass die Strassen sehr zurückhaltend mit Salz versehen werden sollen, das gilt vor allem für Quartierstrassen. Aber der Einsatz von Holzspänen ist offenbar nicht empfehlenswert.

**L. Banholzer (EVP):** Die EVP dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die Erklärungen, warum die Alternative Holzspäne sich nicht bewähren würde, sind durchaus einsichtig. Hingegen hat sich der Stadtrat vor allem darauf beschränkt eine Auslegeordnung des bisherigen Winterdienstes zu machen. Er gibt keine Antwort auf die Frage, wie es aussehen könnte, wenn in den Quartieren weniger Salz eingesetzt würde. L. Banholzer hätte es begrüsst, wenn der Stadtrat einen Versuch angekündigt hätte, um Erfahrungen mit einem reduzierten Winterdienst zu sammeln. Die EVP nimmt die Antwort eher im ablehnenden Sinne zur Kenntnis.

**A. Steiner (GLP/PP) spricht für M. Zeugin (GLP/PP):** Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie skeptisch zur Kenntnis. Dass sich Holzspäne für Winterthur nicht eignen, das mag so sein. Die gesamthafte sehr salzfreundliche Haltung des Stadtrates teilt die Fraktion hingegen nicht. Dass nicht gesalzen wird, wenn die Strassen noch nicht geräumt sind, stimmt nicht. Im letzten Winter wurde mehrmals vor der Räumung gesalzen. Aus Sicht von A. Steiner haben die städtischen Mitarbeitenden offenbar so viel Freude an ihren schönen modernen Fahrzeugen, dass auch dort gesalzen wird wo es nicht nötig wäre. Quartierstrassen könnten wesentlich zurückhaltender gesalzen werden. Interessant ist, dass im letzten Winter, als die Strassen vereist waren, nichts passiert ist. Das war wirklich gefährlich, weil Eis die grosse Gefahr darstellt und nicht der Schnee. Das Argument

Rechtssicherheit wird manchmal vorgeschoben. An vielen Orten trifft das nicht zu. Letzten Winter wurde in der Altstadt der hinterste Winkel gesalzen. Entsprechend mussten sich die Passantinnen und Passanten durch den Matsch kämpfen. Die Läden waren stark verschmutzt, weil sich der Matsch überall ausgebreitet hat. Allenfalls würde es ausreichen in der Fussgängerzone eine kleine Gasse zu salzen. Die GLP/PP-Fraktion nimmt das Postulat mit wenig Begeisterung beziehungsweise ablehnend zur Kenntnis.

**H. Keller (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort und nimmt sie im zustimmenden Sinne zur Kenntnis. H. Keller wohnt auf dem Land. Dort wird später aber auch weniger oft gepfadet als in der Stadt. Es ist aber klar, dass in der Stadt geräumt werden muss. Wenn am Morgen früh der Schnee nicht bereits geräumt ist, wird regelmässig reklamiert. Jetzt wird verlangt, dass weniger gesalzen wird. Die Velowege müssen aber geräumt und gesalzen werden. Gerade die Schülerinnen und Schüler mit einem langen Schulweg sind darauf angewiesen. Der Vorschlag Holzschnitzel zu verwenden, ist unsinnig, das war zum Vornherein bekannt. Eigentlich ist diese Postulat überflüssig. Ausser Arbeit für die Stadtverwaltung hat es nichts gebracht. H. Keller hat in den Skigebieten im Ausland bereits vor 10 Jahren den Einsatz von Holzschnitzeln erlebt. Heute werden sie nicht mehr verwendet, weil sich diese Methode nicht bewährt hat. Deshalb ist die SVP zufrieden mit der Antwort.

**M. Baumberger (CVP):** Die CVP-Fraktion nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis und dankt dem Stadtrat. Sie dankt vor allem auch den Leuten die jeweils die Strassen räumen. Es ist wichtig, dass diese Arbeit getan wird. Viele Leuten, die früh zur Arbeit fahren, sind froh wenn bereits geräumt ist. Alle anderen sollen in den Wald gehen, dort können sie sich im Schnee austoben und Holzspäne verstreuen. Diejenigen, die darauf angewiesen sind, dass sie zur Arbeit fahren können, sind froh, dass die Stadt gut und effizient räumt und auch Salz einsetzt. Es ist klar, dass die Strassen am Morgen gepfadet werden müssen, wenn das Wohlstandsniveau erhalten bleiben soll und die Leute nicht in Iglus ziehen wollen. Es ist zu bezweifeln, dass es ökologisch sinnvoller ist Holzspäne einzusetzen anstelle von Salz. Darüber möchte sich M. Baumberger noch weiter informieren. Er ist sicher, dass bei anderer Gelegenheit noch längere Referate dazu zu hören sein werden.

**M. Wenger (FDP):** Es ist gut, dass diese Frage geprüft wurde. M. Wenger hat die Idee gut gefunden, deshalb hat er zuhause einen Versuch mit dem Streuen von Holzschnitzeln gemacht. Anfänglich hat es gut ausgesehen. Aber nachdem er am nächsten Tag klassisch ausgerutscht ist, kann er die Antworten im vorliegenden Bericht bestätigen. Holzschnitzel sind als Salzersatz völlig untauglich. Die FDP nimmt den Bericht des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis.

**H. Iseli (EDU):** Die EDU nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis. Es ist schön, wenn man sich für eine Sache einsetzt. Wenn aber Zeitungsartikel geschrieben und die Betroffenen gegeneinander ausgespielt werden, ist das unverständlich. In einem Text wurde bemängelt, dass Quartierstrassen mit dem Schneepflug geräumt worden seien, solange der Schnee noch griffig sei. Wenn die Strassen aber eisig werden, muss geräumt werden. Die Sicherheit hat oberste Priorität – auch in Zürich. Wie lange bleibt der Schnee in Winterthur griffig? Innerhalb von einer Stunde ist er festgetreten. Zudem kann Schmelzwasser zu Vereisungen führen. Müssen dann die Fussgänger jeweils Steigeisen tragen? Man muss realistisch bleiben. Die Antwort hat aufgezeigt, dass die Stadt sich ihrer Verantwortung bewusst ist. H. Iseli wohnt in einem Aussenquartier. Bis er die Hauptstrasse erreicht hat, wird es regelmässig gefährlich, auch wenn er noch gut zu Fuss ist. Viele sind das aber nicht und haben deshalb Probleme. Die Stadt sollte die Prioritäten sorgfältig setzen. Im letzten Winter, als es wirklich eisig war, hat man nichts mehr unternommen. Zurückhaltung beim Salzeinsatz ist richtig aber nur dort wo das möglich ist. Wenn Salz für die Sicherheit notwendig ist, soll es auch eingesetzt werden.

**R. Diener (Grüne/AL):** In seinem Votum hat R. Diener nicht gefordert, dass auf den Einsatz von Salz verzichtet werden soll. Das wurde auch im Postulat nicht gefordert. Salz wird wei-

terhin benötigt. Mit dem Postulat wurde lediglich angeregt, den Salzeinsatz zu reduzieren und den Einsatz von Holzschnitzeln auf Gehwegen zu prüfen. R. Diener nimmt aber zur Kenntnis, dass der Einsatz anscheinend auch auf den Gehwegen nicht einfach ist, wie das Experiment von M. Wenger gezeigt hat. R. Diener lehnt die Antwort zudem nicht einfach ab. Er ist der Ansicht, dass das Postulat nicht hinreichend beantwortet worden ist. Der Stadtrat ist auf die Ziele nicht wirklich eingegangen. Zudem scheinen sich die meisten Ratsmitglieder einig zu sein, dass versucht werden soll, den Salzeinsatz zu reduzieren. Mit einem verzögerten Einsatz und dem Einsatz von Sole könnte dieses Ziel erreicht werden.

**Stadträtin P. Pedergnana:** Wenn im Sommer das Thema Schnee und Eis behandelt wird, hat es etwas Verlockendes. Die Gefahren oder die negativen Aspekte hat man nicht mehr ganz konkret vor Augen. Es wirkt alles harmlos. Die Realität ist, dass der Stadtrat sehr häufig mit heftigen Reaktionen, sogar mit juristischen Drohungen konfrontiert ist und zwar dann, wenn Personen stürzen. Diese Stürze, die Verletzungen bis hin zu Knochenbrüchen zur Folge haben, sind für die Betroffenen oft dramatisch. Diese Situationen muss der Stadtrat ebenfalls im Auge behalten. Es gilt Unfälle zu vermeiden und trotzdem einen Überblick zu wahren und nicht allzu heftig zu reagieren auf wechselnde Wetterverhältnisse. Der Stadtrat hat auf 9 Seiten seine Argumente dargelegt. Das ist an der Grenze dessen was sinnvoll ist. Die Antworten beziehen sich weitgehend auf den operativen Bereich. Das ist zuviel. Die Ratsdebatte hat das bestätigt. Es ist nicht notwendig, dass sich der Gemeinderat mit operativen Details befasst. Am Ende wird man der Sache trotzdem nicht gerecht. Die Fragen können nicht einfach mit Ja oder Nein beantwortet werden. Je nach Temperatur und Wetterprognose stellen sich komplexe Fragen. Für alle muss klar sein, dass das Wirtschaftsleben darauf ausgerichtet ist, dass die Arbeitsplätze jederzeit erreichbar sind. Letztes Jahr wurde Winterthur von Vertreterinnen und Vertretern einer Stadt in Frankreich besucht. Dort ist es sonnenklar, wenn es schneit, wird der Busbetrieb eingestellt, die Schulen sind geschlossen und man kann die Arbeitsstelle nicht erreichen. In Winterthur fährt der Bus bei jedem Wetter. A. Steiner hat erklärt, dass die Mitarbeitenden einfach Freude an ihren Fahrzeugen haben und deshalb den Einsatz leisten. Das ist Blödsinn. Vielmehr werden die Pikedienste zusätzlich zu den übrigen Aufgaben geleistet. Es sind auch Private in den Winterdienst involviert. Wer den Pikedienst während den Festtagen leistet, macht das nicht aus Freude an den Fahrzeugen. Die Stadt reduziert den Salzeinsatz stark. Das ist in der Weisung aufgezeigt. Wenn am Winterdienst etwas geändert werden soll, dann kann der Gemeinderat die WOV-Indikatoren ändern. Solange die Indikatoren nicht geändert werden, geht der Stadtrat davon aus, dass er noch immer im richtigen Mass handelt. Wenn die WOV-Indikatoren geändert werden, wird sich der Stadtrat neu ausrichten. Aber – allen Leuten Recht getan ist eine Kunst die niemand kann. Das trifft hier sicher zu.

**Ratspräsident J. Lisibach** lässt über den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme abstimmen.

**Der Rat** stimmt mit offensichtlicher Mehrheit für eine zustimmende Kenntnisnahme. Damit ist das Geschäft 2010/027 erledigt und wird abgeschlossen.

## 8. Traktandum

### **GGR-Nr. 2009/111: Antrag und Bericht zum Postulat O. Seitz (SP), M. Stauber (Grüne/AL) und N. Sabathy (CVP) betreffend Einführung eines Veloverleihsystems**

---

**O. Seitz (SP)** bedankt sich beim Stadtrat für positive Aufnahme dieser Idee. Man spürt, dass die neue Vorsteherin des Baudepartements den Anteil des ÖV und des Langsamverkehrs am Gesamtverkehr erhöhen will, und dass sie Taten folgen lässt und zwar sofort. Die erste Veloverleihstation wurde bereits realisiert, bevor die Antwort im Gemeinderat behandelt worden ist. Es ist klar, dass ein Veloverleihsystem nicht aus einer Station am Hauptbahnhof bestehen kann. Weitere müssen folgen. Zudem braucht es ein möglichst einfaches Ausleihsystem. Das muss unbedingt mit einer Kreditkarte möglich sein. Daran wird gearbeitet. Im Postulat werden bis Ende 2013 eine Bedarfsabklärung und eine Standortevaluation für ein Veloverleihsystem in Aussicht gestellt. Das ist sinnvoll. O. Seitz ist erfreut, dass das Veloverleihsystem ein Teil des städtischen Gesamtverkehrskonzepts ist und in diesem Rahmen bereits konkret ausformuliert worden ist. Veloverleihsysteme sind bereits in vielen Städten eine Erfolgsgeschichte. Velos aus Verleihsystemen werden vier Mal mehr benützt als andere Velos. In Lion konnte mit dem Veloverleihsystem eine Senkung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) am Modalsplitt um 4 % auf 47 % erreicht werden. Durch das häufige Benutzen und die hohe Präsenz der Velos im öffentlichen Raum sind auch die Werbeflächen interessant. Damit kann eine zusätzliche Finanzierungsquelle erschlossen werden. Der Stadtrat betont in seiner Antwort, dass ein Veloverleihsystem einfach, kostengünstig und kundenfreundlich sein soll. Die momentane Lösung beim HB ist nicht kostengünstig. Viele Städte bieten die erste halbe Stunde gratis an. Hier besteht noch ein Potential. Eine einzige Verleihstation ist nicht kundenfreundlich. Um den Nutzen zu erproben, muss ein flächendeckendes Angebot aufgebaut werden. Der Stadtrat will dazu eine Standortevaluation durchführen. Es ist toll, dass der Stadtrat die Idee aufgenommen hat. Wichtig ist, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden um eine Verlagerung auf den ÖV und den Langsamverkehr zu bewirken. Der erste Schritt ist mit der Verleihstation am HB gemacht.

**M. Stauber (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion ist mit dem Grundsatz des stadträtlichen Bericht einverstanden, dass sich aus dem städtischen Gesamtverkehrskonzept (SGVK) das Ziel ergibt, den Veloverkehr zu fördern und dass das Veloverleihsystem ein Mosaikstein ist, um dieses Ziel zu erreichen. Es ist erfreulich, dass der Stadtrat das Konzept Veloverleih schrittweise umsetzen will. Die erste Etappe ist bereits realisiert mit der Station am Hauptbahnhof. In einer zweiten Etappe sollen weiter Stationen hinzukommen. Parallel erfolgt eine Bedarfsabklärung für das automatische System. O. Seitz hat den Zielkonflikt beim Veloverleih bereits angesprochen. Einerseits soll es einfach und günstig sein, damit die Velos auch häufig benützt werden und das Ziel des SGVK besser erreicht werden kann. Andererseits ist bekannt, dass Velos gestohlen oder beschädigt oder einfach stehen gelassen werden, wenn der Verleih sehr günstig und niederschwellig ist. M. Stauber geht aber davon aus, dass die Stadt Winterthur die jahrelangen Erfahrungen aus anderen Städten dazu nutzen kann, ein Konzept erfolgreich umzusetzen.

**M. Baumberger (CVP):** Die CVP-Fraktion begrüsst, dass diese Forderung umgesetzt worden ist. M. Baumberger stimmt mit O. Seitz überein, das Verleihsystem muss praktischer und handlicher werden auch dadurch, dass Kreditkarten genutzt werden können. Das sind sehr gute Ideen. Die CVP freut sich auf die Auswertung des Versuchs und ist gespannt wie es weiter geht.

**S. Gyax (GLP/PP):** Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Postulatsantwort. Wie erwähnt, ist Anfang April 2012 die erste Veloverleihstation am HB eröffnet worden. Die Fraktion begrüsst die Bemühungen des Stadtrates für eine velofreundliche Stadt. Ein Veloverleih ist attraktiv für Touristen und steigert das Image und die Standortqua-

lität von Winterthur. Es ist auch möglich, dass Geschäftsleute dieses Angebot nutzen, oder dass einige Einwohner auf den Geschmack kommen. Trotz diesen positiven Aspekten des Veloverleihsystems ist die GLP/PP-Fraktion mit dem eingeschlagenen Weg nur bedingt einverstanden. In Winterthur warten einige Probleme dringend auf eine Lösung – zum Beispiel die Veloparkierung rund um den HB, die Velounterführung und die Veloschnellroute. Mit dem hier präsentierten Veloverleihsystem akzentuiert der Stadtrat das Problem rund um den HB. Er schreibt in seinem Bericht, dass am HB und in der Altstadt Standplätze für Mietvelos zulasten der heute schon überlasteten bestehenden Veloabstellplätze gehen werden. Genau dieser Punkt ist sehr kritisch. Das hat auch die Fraktionserklärung der SP am letzten Montag gezeigt. Ein Veloverleihsystem darf auf keinen Fall auf Kosten der Velofahrenden Winterthurerinnen und Winterthurer gehen. So kann der Modalsplitt nicht erhöht werden. Die Anzahl der Benutzer der Mietvelos ist dafür zu klein, auch wenn ein Mietvelo mehrmals täglich ausgeliehen würde. Um ein Veloverleihsystem für Einwohner attraktiv zu machen, müsste das Netz mindestens so dicht sein wie das Busnetz. Wer läuft zur nächsten Velostation, wenn der Bus näher liegt? So ein dichtes Netz ist extrem aufwändig. Folglich bleibt ein weniger dichtes Velonetz vor allem für Touristen und Gelegenheitsnutzer attraktiv. Diese ändern weder den Modalsplitt zugunsten des Velos noch lösen sie das Parkierungsproblem am HB. Im Weiteren stellt sich die Frage, ob der Aufbau eines Veloverleihsystems eine Aufgabe der Stadt ist, wenn die SBB und private Anbieter Interesse signalisieren. Die GLP/PP-Fraktion begrüsst aber ausdrücklich, dass der Stadtrat grossen Wert darauf legt, dass das System schweizweit favorisiert wird und schlägt vor, dass mit dem Konzept in erster Linie auf die Attraktivitätssteigerung der bereits vorhandenen Verleihsysteme fokussiert wird. Zudem sollte mit dem Konzept darauf hin gearbeitet werden, dass zum Beispiel Firmen Verleihsysteme für ihre Mitarbeitenden vom HB in die Firma und zurück auf privater Basis aufbauen. In diesem Sinne nimmt die GLP/PP-Fraktion die Antwort kritisch aber zustimmend zur Kenntnis und dankt dem Stadtrat für sein Engagement.

**L. Banholzer (EVP/EDU):** Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und nimmt sie im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Sie ist zwar nach wie vor skeptisch aufgrund der Grösse der Stadt und der intensiven Nutzung der Veloinfrastruktur durch die Bewohnerinnen und Bewohner von Winterthur. Es ist fraglich, ob ein grosser Bedarf für einen Veloverleih besteht. Die Förderung des Veloverkehrs ist wichtig. Allerdings liegt das Potential vor allem bei der Bevölkerung von Winterthur. Der Testbetrieb mit lediglich einem Standort lässt keine schlüssige Aussage über das Bedürfnis nach einem Veloverleihsystem zu. Trotzdem hat die Fraktion nichts gegen eine Erprobung und würde sich freuen, wenn der Verleih entgegen aller Skepsis erfolgreich wäre. Allerdings muss auch das Kosten/Nutzen-Verhältnis stimmen. Die EVP/EDU-Fraktion ist gespannt wie sich die Sache weiter entwickelt und wartet auf den Bericht über den Probebetrieb.

**M. Gerber (FDP):** Die FDP-Fraktion nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis. Vor allem weil das Veloverleihsystem weiter geprüft wird. M. Gerber bezieht sich auf zwei Beispiele, die sie aus erster Hand erlebt hat. Dieses Jahr war sie in Kopenhagen. Auch dort gibt es ein Veloverleihsystem. M. Gerber hat das ausgeliehene Velo aber nach 5 Minuten wieder abgegeben, weil es in einem katastrophalen Zustand war. Die Velos stehen dort kostenlos zur Verfügung. Dieses System ist nicht als sinnvoll zu erachten für die Stadt Winterthur. Wenn man keine Verantwortung für das Fahrzeug übernehmen muss, wird es entsprechend behandelt. Ein weiteres Beispiel ist die Stadt Hamburg. Dort kann eine Karte gelöst werden, wenn man ein Velo ausleihen will. Nach dem Gebrauch der Velos lädt ein Auto diese auf und verteilt sie wieder an die Verleihstationen. Das heisst am Ende fährt ein Auto durch die Stadt um die Velos zurückzubringen. Das sind zwei Beispiele aus zwei Städten. M. Gerber ist aber durchaus der Meinung, dass es bessere Systeme gibt. Entsprechend wird sie gerne den Bericht des Stadtrates abwarten. Winterthur ist bereits eine Velostadt. Diesbezüglich ist M. Gerber nicht sicher, inwiefern die Stadtbevölkerung von einem Veloverleihsystem profitieren kann. Wenn es wirklich genutzt werden soll, braucht es eine gewisse Dichte an Verleihstationen, sonst ist es für die Bevölkerung nicht von grossem Interesse. Das Verleihsystem wird dann ausschliesslich touristisch genutzt. M. Gerber kennt nur Veloverleihsysteme in Grossstädten, die touristisch sehr attraktiv sind. Wenn die Stadt Winterthur attraktiver wer-

den soll für Touristen, ist ein Verleihsystem zu begrüssen. Private Sponsoren sind bereits jetzt vorhanden, die diese Idee unterstützen wollen. In diesem Fall soll das Veloverleihsystem auch von privaten Sponsoren aufgebaut werden.

**Stadträtin P. Pedernana** dankt für die mehrheitlich gute Aufnahme der Antwort. Sie wagt noch keine Prognose, ob das Veloverleihsystem Erfolg haben wird. Zurzeit stehen nur wenige Velos zum Verleih bereit. Wenn die Stadträtin an der Station vorbeikommt, stehen jeweils alle Velos dort. Sie sind gut erhalten aber auch wenig genutzt. Das mag damit zusammenhängen, dass das System nicht bekannt ist oder weil es für ausschliesslich für Touristinnen und Touristen interessant ist. Vielleicht trifft auch zu, dass ein grosser Teil der Bevölkerung bereits ein Velo besitzt. Der Erfolg kann vom Standort abhängig sein. Es kann aber auch sein, dass das Angebot zu wenig dicht ist. In Winterthur müssen die Velos an den Standort der Ausleihe zurückgebracht werden. Stadträtin P. Pedernana würde es begrüssen, wenn das System schweizweit harmonisiert und vereinfacht würde, sodass in Zukunft mit der Kreditkarte ein Velo geliehen werden kann. Wenn jemand Abonnetin ist und die 20 Franken pro Jahr für das Abonnement bezahlt hat, ist die erste halbe Stunde gratis. Die Gebühren, die danach erhoben werden, sind vernachlässigbar tief. Diese Verleihgebühr ist kaum das Entscheidende. Vielleicht werden in Zukunft einzelne Firmen oder die ZHAW einen Velopool zur Verfügung stellen. Das würde den Modalsplitt etwas verändern. Aber es trifft zu, dass der Modalsplitt nur dann verändert werden kann, wenn der ÖV und die letzte Meile mit dem Velo so attraktiv werden, dass die Leute auf das Auto verzichten. Auch in diesem Fall umfasst die Antwort 11 Seiten und das ist zu viel. In Zukunft wird sich Stadträtin P. Pedernana um kürzere Antworten bemühen.

**Ratspräsident J. Lisibach:** Es wurde kein anders lautender Antrag gestellt. Damit hat der Gemeinderat den vorliegenden Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Postulat ist damit erledigt und abgeschrieben.

## 9. Traktandum

### **GGR-Nr. 2009/116: Antrag und Bericht zum Postulat F. Helg (FDP) betreffend Sonnenenergie von städtischen Dächern**

---

**F. Helg (FDP):** Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den fundierten Bericht. Man darf erfreut zur Kenntnis nehmen, dass die Stadtverwaltung sich ihrer Vorbildfunktion bewusst ist, und dass sie bereits grosse Anstrengungen unternommen hat, die Sonnenenergie adäquat zu nutzen. So unter anderem jetzt auch mit dem Massnahmepaket „Solarstrom“, das der Stadtrat im Frühling 2012 genehmigt hat und das unter anderem auch den Bau von Fotovoltaik-Anlagen zum Ziel hat, sowie eine Übergangsfinanzierung während maximal dreier Jahre umfasst. Die zusammengestellten Daten in der Postulatsantwort sind auch für die Zukunft nützlich, um die Entwicklung zu einem späteren Zeitpunkt aufzeigen zu können. Der Grund des Postulats im Spätherbst 2009 war die Bewilligung des Kredits für den Windpark „Ocean Breeze“ (2009/93) durch den Gemeinderat. Die FDP-Fraktion hat damals diesen Kredit nicht mitgetragen, weil für sie das Risiko für dieses Auslandgeschäft zu hoch war. In der Folge hat die Fraktion einerseits dieses Postulat eingereicht, andererseits das Postulat betreffend Solarkataster. Erstunterzeichner war der damalige Gemeinderat Stefan Fritschi. Der Gemeinderat hat allerdings das Postulat betreffend Solarkataster nicht überwiesen, weil eine Mehrheit der Meinung war, der Aufwand für die Erstellung und vor allem Nachführung des Katasters sei zu gross. Die FDP hat aber damit ihren Willen unterstrichen, Investitionen in eine nachhaltige Energieerzeugung vorab an Ort und Stelle, also in Winterthur, auszulösen. Innerhalb kurzer Zeit konnten die Flächen für Solaranlagen zur Aufbereitung von Warmwasser fast verdoppelt werden. Das ist der Tabelle in der Postulatsantwort zu entnehmen. Dagegen ist das Potenzial für Anlagen zur Stromerzeugung noch eher gering. Die Gründe werden dargelegt. Es sind eine nicht optimale Lage und die mangelnde Wirtschaftlichkeit.

Inzwischen sind die Rahmenbedingungen auch verbessert worden. Im Kanton sind dank der FDP-Volksinitiative „Umweltschutz statt Vorschriften“ die Baunormen für Solaranlagen angepasst worden. Neu gibt es einen Bewilligungsanspruch. Im Baugesetz steht: „Sorgfältig in Dach- und Fassadenflächen integrierte Solaranlagen werden bewilligt, sofern nicht überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen.“ Kleinere Anlagen in Bauzonen unterstehen bereits keiner Baubewilligungspflicht mehr. Beim Werkhof Scheidegg, der vor einem Jahr genehmigt wurde, hat Gemeinderat letztlich, gestützt auf einen Antrag der FDP-Fraktion, den Stadtrat in die Pflicht genommen, sich bis Ende September 2012 zu einer Solaranlage auf dem grossen Flachdach zu äussern. Die Stadt ist auf einem guten Weg. Die FDP-Fraktion nimmt deshalb in positivem Sinn vom Postulatsbericht Kenntnis.

**R. Diener (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Es ist erfreulich, dass dieses Anliegen auf einem guten Weg ist und dass sich die FDP für das Thema engagiert und sich für die Nutzung von alternativen Energien einsetzt. Das ist ein wichtiges Anliegen und es ist notwendig, dass alle am gleichen Strang ziehen. Es ist bekannt, dass Teile der Postulatsantwort bereits überholt sind. Die Stadt ist einen grossen Schritt weitergekommen. Sie hat zum Teil bereits mit der Umsetzung begonnen und neue Projekte in Angriff genommen. Das ist sehr erfreulich. Die neuste Weisung für die Sanierung der Liegenschaften Talwiesenstrasse 14 und 16 bis 18 enthält eine ordentliche Warmwasseraufbereitungsanlage auf dem Dach. Soweit so gut. Die Flächen zur Aufbereitung von Warmwasser sind bereits recht zahlreich. Die Frage ist, wie sieht es mit der Fotovoltaik zur Stromproduktion aus. Ist auf diesem Dach nicht noch Platz für einige Module? Aus heutiger Sicht ist es entscheidend, dass die Stadt das Energie-Contracting aus einer Hand realisiert – sowohl für die Fotovoltaik wie auch für die solare Wärmenutzung. Damit kann bei neuen Projekten vor Ort geprüft werden, welche Teile in welchem Fall sinnvoll sind. Jeder Quadratmeter Dach, der nicht genutzt wird, ist ein verschwendeter Quadratmeter. In Zukunft wird die Stadt stark auf die Fotovoltaik setzen.

Es geht hier, im Gegensatz zu den aufwändigen Sanierungen von Altbauten, die zum Teil komplett isoliert werden müssen und sehr teuer sind, um wenig Geld. Mit der Nutzung der Dächer erhält die Stadt einen grossen Nutzen für die Zukunft. Die Fotovoltaik beinhaltet das grösste Potential im lokalen Produktionsbereich. Man könnte bis 20 % von der heutigen Stromproduktion solar produzieren. Die Argumentation im Bericht, dass in Gebieten, die mit Fernwärme versorgt werden, die Produktion von Sonnenenergie nicht forciert werden soll, ist falsch. Man könnte diese Dächer mit Fotovoltaik ausrüsten. Das ist eine Investition in die Zukunft. Das schadet niemandem, im Gegensatz zum Kraftwerk, das die AXPO auf der grünen Wiese plant. Natürlich kommen die Fotovoltaik-Module heute leider häufig aus China, weil sich die Produktion in der Schweiz nicht mehr lohnt. Aber das gilt auch für alle anderen Hightech-Produkte. Mit der Montage, der Wartung und der Bereitstellung der Module ist dennoch ein grosses Wertschöpfungspotential vorhanden. Das sollte die Stadt nutzen. Die Grüne/AL-Fraktion nimmt die Antwort positiv zur Kenntnis.

**L. Banholzer (EVP/EDU):** Mit der Überweisung des Kredits über 90 Millionen am letzten Montag zuhanden der Volksabstimmung wurde ein grosser Schritt gemacht, um die lokale Nutzung der Sonnenenergie zu fördern. Stadtwerk hat ein Massnahmenpaket für Solarstrom ausgearbeitet. Der Gemeinderat hat die Grundlagen dazu erhalten, dass der Absicht auch Taten folgen werden. Von daher ist das Postulat auf dem besten Weg. Die EVP/EDU-Fraktion nimmt die Antwort zustimmend zur Kenntnis.

**B. Meier (GLP/PP):** Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort und nimmt sie mit einem kritischen Unterton zur Kenntnis. Man muss diesen Bericht aber auf der Zeitachse einordnen können. Die ausgewiesenen ca. 300 m<sup>2</sup> für Warmwasser oder 1'500 m<sup>2</sup> für Strom sind angesichts der Gebäudeflächen, die zur Verfügung stehen, eigentlich geradezu beschämend. Dass im Jahr 2011 lediglich für 10 m<sup>2</sup> Solarstrom zubauen will, ist zusammengenommen lediglich ein Tropfen auf den heissen Stein, wenn man den gigantischen Aufholbedarf berücksichtigt. Es ist aber sehr erfreulich, dass der Stadtrat seit der ersten Hälfte 2011, als die doch sehr defensive Postulatsantwort entstanden ist, einiges zugelegt hat. So ist auf der Basis des Energiekonzepts 2050 und im Zusammenhang mit

dem Rahmenkredit für erneuerbaren Strom auch ein Massnahmenpaket Solarstrom erarbeitet worden. Das zeigt den Weg auf, wie das lokale Potential offensiv genutzt werden kann. Postulatsantworten, wie die vorliegende, gehören von der Tonalität her vermutlich der Vergangenheit an. Die Zukunft ist erneuerbar. Die GLP/PP-Fraktion nimmt die Postulatsantwort kritisch zustimmend zur Kenntnis.

**W. Steiner (SVP):** Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht betreffend Sonnenenergie auf städtischen Dächern. Die Immobilienstrategie, die im Postulatsbericht an den Tag gelegt wird, ist gut, produziert aber noch keine Energie. Auch die SVP ist der Meinung, dass noch nicht allzu viel getan wurde. Auf 500 städtische Dächer kommen 27 gebaute Anlagen, das entspricht einem Anteil von 5,3 %. Interessant wäre es auch zu wissen, wie viele private Anlagen in Winterthur in der Zwischenzeit installiert worden sind. Der Bericht zeigt klar auf, wie schwierig und langwierig es ist, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, den noch vorhandenen Atomstrom mit Fotovoltaikanlagen zu ersetzen.

**F. Landolt (SP):** Die SP-Fraktion nimmt die Antwort zustimmend, wenn auch nicht euphorisch, zur Kenntnis. Mit dem Grundsatzbeschluss hat die Stadt einen grossen Schritt getan. Innerhalb des 90 Millionen Rahmenkredits sind 20 Millionen für die lokale Fotovoltaik bestimmt. Über das Warmwasser und die Heizwärme muss nicht lange gesprochen werden. Man darf aber nicht allzu grosse Hoffnungen hegen. Ungefähr 10 bis 15 % des Stromverbrauchs könnten eingespart werden, wenn das gesamte Warmwasser solar erwärmt würde. Die wichtige Frage ist, stellt die Stadt lediglich Dachfläche zur Verfügung für das Energie-Contracting oder investiert sie selber. Die SP nimmt hier eine etwas andere Gewichtung vor. Es ist wichtig, dass die Stadt eigenen Strom produziert mit eigenen Kraftwerken. Das ist mit dem Rahmenkredit auch so angedacht. Die SP unterstützt diese Strategie. F. Landolt versteht nicht ganz, was die FDP will. Einerseits will sie eine lokale Förderung und andererseits lehnt sie den Rahmenkredit von 90 Millionen ab. Die SP unterstützt sowohl die lokale Förderung wie auch ausländische Beteiligungen. Beides muss gemacht werden, um die klima- und energiepolitischen Probleme einigermaßen zu lösen.

**Stadträtin P. Pedergnana** stellt erfreut fest, dass die Stadt in der richtigen Richtung unterwegs ist. Es wurde zwar gesagt, dass jede nicht genutzte Dachfläche verschwendet sei. Der Stadtrat sieht das nicht so. Sein Ziel ist es Solarstrom zu einem konkurrenzfähigen Preis zu produzieren. Dankt dem relativ späten Einstieg kann die Stadt gute Preise anbieten. Die Stadt besitzt keine teuren Anlagen, die den Solarstrom belasten. Aber der Stadtrat will seine Strategie betreffend Nutzung der Solarenergie und speziell der Stromproduktion so festlegen, dass auch in Zukunft möglichst günstiger Solarstrom angeboten werden kann. Das heisst, dass wirtschaftliche Flächen genutzt werden sollen und nicht unbedingt jeder Quadratmeter. Diesen Entscheid wird der Stadtrat dem Gemeinderat ebenfalls unterbreiten, wenn er fertig aufbereitet ist. Die Stadträtin will damit einen Hinweis geben, in welche Richtung die stadträtlichen Überlegungen gehen. Die Stadt muss konkurrenzfähig sein.

**Ratspräsident J. Lisibach:** Es ist kein anderslautender Antrag gestellt worden. Damit hat der Gemeinderat den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Das Postulat ist damit erledigt und abgeschrieben.

## 10. Traktandum

### **GGR-Nr. 2010/096: Beantwortung der Interpellation Ch. Ulrich (SP) betreffend Betroffene des internationalen Zentrums für Leistungs- und Breitensport**

---

**Ch. Ulrich (SP)** dankt dem Stadtrat im Namen der SP-Fraktion für die Antwort. Es ist bereits einige Zeit vergangen seit diese Antwort eingegangen ist. In dieser Zeit hat sich das Projekt verändert. Jetzt ist es auf der Zielgeraden. Im Rahmen der Änderungen ist der Dialog mit allen Beteiligten grundsätzlich positiv verlaufen. Die SP schätzt es sehr, dass sich der Stadtrat entsprechend eingesetzt hat. Frage 1: Der Stadtrat gibt darüber Auskunft, wohin die heutigen Nutzerinnen und Nutzer ausweichen können. Ch. Ulrich hat festgestellt, dass einiges bereits umgesetzt ist. Der FC Töss nutzt beispielsweise bereits das Garderobengebäude an der Hörnlistrasse. Es macht Sinn, dass frühzeitig Ausweichmöglichkeiten genutzt werden. Nichtsdestotrotz gilt es für den Stadtrat die Situation im Auge zu behalten, damit die notwendige Infrastruktur zur Verfügung gestellt und heute aber auch in Zukunft den Bedürfnissen der Betroffenen entsprochen werden kann. In Frage 4 wird nach dem Zeitplan gefragt, alle Betroffenen sollen rechtzeitig einen Alternativstandort erhalten. Für die meisten Nutzerinnen und Nutzer konnte bereits eine Alternative gefunden werden. Ch. Ulrich hofft, dass der Stadtrat sicher stellen kann, dass das für alle gilt und keine Lücken entstehen, damit nicht in einer Hauruckübung ein Provisorium errichtet werden muss für einzelne Nutzerinnen und Nutzer. Die Stadt sollte hier vorausschauend handeln, falls das nicht bereits geschehen ist. Die Infrastruktur muss rechtzeitig angepasst werden, vor allem auch für den Winter, weil in erster Linie Aussennutzungen betroffen sind. Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Antwort durch die Verzögerung überholt worden ist. Die Antwort des Stadtrates nimmt die SP im positiven Sinn zur Kenntnis.

**St. Schär (SVP):** Die SVP nimmt die Antwort im positiven Sinn zur Kenntnis. Die notwendigen Schritte wurden in die Wege geleitet, damit die betroffenen Sportvereine eine Infrastruktur erhalten, die sie weiterhin nutzen können. St. Schär ist gespannt, wann der Spatenstich für das IZLB stattfindet. Dann könnte man sagen, dass sich der Aufwand gelohnt hat.

**Ch. Ingold (EVP/EDU):** Die meisten Argumente wurden bereits vorgebracht. Es ist gut, dass die Interpellation frühzeitig eingereicht wurde. Der Stadtrat hat Gespräche mit den Nutzerinnen und Nutzern geführt. Wichtig ist, dass dieses Vorgehen beibehalten wird, wenn weitere Anpassungen notwendig sind. Durch die Arbeiten für das IZLB wurden grundlegende Anpassungen notwendig wie zum Beispiel die unterirdische Verlegung der Eisfelder. Es ist wichtig, dass die Stadt anwaltschaftlich für die Vereine einsteht bei der Planung. Das IZLB ist sehr willkommen in Winterthur. Aber die Vereine waren bereits vorher da. Das muss man respektieren.

**Ch. Magnusson (FDP):** Wo gebaut wird, entstehen Veränderungen, Unannehmlichkeiten und sicher auch Einschränkungen. Offensichtlich wurden in diesem Fall alle Benutzer und Vereine sehr frühzeitig informiert. Der Stadtrat hat die Hand geboten, um Lösungen zu finden. Die FDP vertraut darauf, dass der Stadtrat und das Sportamt in der Bauphase, die hoffentlich bald beginnt, für alle Beteiligten gut Lösungen suchen und finden wird und freut sich auf eine tolle Anlage, die das IZLB der Stadt bringen wird. Die FDP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates positiv zur Kenntnis.

**W. Schurter (CVP):** Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis. Sie bedankt sich beim Stadtrat, dass er frühzeitig mit den Nutzerinnen und Nutzern Kontakt aufgenommen und Lösungen gefunden hat. W. Schurter hofft, dass der Stadtrat weiterhin im Dialog bleibt mit den Betroffenen, damit bei allfälligen Änderungen die entsprechenden Anpassungen möglich sind. Die grosse Frage ist, wann die Bagger auffahren und mit dem Bau begonnen werden kann. Dieses Datum hat W. Schurter nicht gefunden.

**A. Steiner (GLP(PP))** schliesst sich dem Dank von W. Schurter an. Die GLP/PP-Fraktion dankt ebenfalls für die Interpellationsantwort. Entscheidend ist, dass das IZLB in Winterthur gebaut werden kann. Dieses Zentrum ist für die Stadt eine riesige Chance. Viele Sportlerinnen und Sportler können davon profitieren und zwar sowohl Breiten- wie auch Leistungssportler. Während der Bauphase müssen Umstellungen in Kauf genommen werden. A. Steiner ist aber zuversichtlich, dass das Sportamt und der Stadtrat sehr professionell reagieren und die betroffenen Vereine und Organisationen einbeziehen werden. Sie vertraut darauf, dass gute Lösungen gefunden werden können. Trotzdem ist da und dort ein Kompromiss notwendig. A. Steiner appelliert an die Grosszügigkeit der Nutzerinnen und Nutzer, die zeitweise mit Provisorien leben müssen.

**Stadtrat St. Fritschi** dankt allen herzlich für die wohlwollende Aufnahme der Antwort. Seit der Beantwortung der Interpellation sind einige Monate vergangen. Stadtrat St. Fritschi kann einige Neuigkeiten zu diesem Projekt weitergeben. Wo gebaut wird, gibt es Veränderungen. Das ist auch bei diesem Projekt der Fall. Das Wichtigste möchte Stadtrat St. Fritschi vorweg nehmen – die Anlage heisst nicht mehr IZLB sondern WinCity. In der Zwischenzeit ist viel passiert. Letzte Woche ist der Stadtrat über den aktuellen Stand des Projekts vom Projektteam informiert worden. Der Projektausschuss arbeitet mit den privaten Initianten zusammen. Im Projektteam werden die Interessen der Stadt und der lokalen Vereine und Organisationen durch U. Wunderlin vertreten. Der Realisierungsdruck ist sehr gross. Der Auftrag an das Architekturbüro zur Ausführungsplanung ist bereits erfolgt. Das zeigt, dass für die Initianten die Ausführung im Vordergrund steht. Der Businessplan ist langfristig positiv, das heisst das Zentrum WinCity wird auf lange Sicht erfolgreich werden.

Stadtrat St. Fritschi erklärt die Situation anhand von Plänen. 60 % der Mieter haben bereits unterschrieben. Geplant sind: Swiss Ice Hockey Academy, Unitet School of Sports, Sportunterkünfte für die Studierenden, Sportklinik, Krafträume und Eishalle. Im Untergeschoss sind zwei dreifach Turnhalle geplant, die vor allem von der Stadt Winterthur gemietet werden sollen. Die Stadt wird die Hallen zu subventionierten Tarifen weitervermieten, damit können die lokalen Bedürfnisse abgedeckt werden. Zum Teil werden die Hallen auch an die Unitet School of Sports vermietet. WinCity ist ein Teil eines Netzwerks von Sportzentren zu dem die Zentren Magglingen, Tenero, Schaffhausen und eventuell ein zusätzliche Zentrum in der Westschweiz gehören. Das Bundesamt für Sport zählt auf dieses Netzwerk. Die Sportzentren sollen sich nicht konkurrenzieren sondern Schwerpunkte setzen - Schaffhausen hat den Schwerpunkt Handball, Magglingen Kunstturnen, Tenero Schwimmen, Leichtathletik, Rudern etc. In Winterthur bildet vor allem Eishockey einen Schwerpunkt. Vielleicht kommen noch andere Sportarten hinzu. Das Kompetenzzentrum für Schwimmen ist ebenfalls sehr gut eingebettet in das Netzwerk. 60 % der Nutzerinnen und Nutzer sind bereits vertraglich gebunden oder stehen kurz davor. Ein Betreiber der Immobilie konnte ebenfalls gefunden und vertraglich verpflichtet werden. Deshalb ist die Finanzierung der Betriebswirtschaft gesichert. Für die Finanzierung der Immobilie ist die Stadt in Verhandlung mit mehreren Investoren. Die Verträge zwischen der Stadt und den Projektentwicklern sind zurzeit in Verhandlung. Zeitplan: 2014 soll ein erster Teil in Betrieb genommen werden und 2015 soll das ganze Zentrum fertig gestellt sein. Stadtrat St. Fritschi hofft, dass er dem Gemeinderat Informationen über den aktuellen Stand vermitteln konnte. Es handelt sich um ein grosses Projekt, das für die Stadt Winterthur und für die Region sehr wichtig ist und mit dem über 55 Arbeitsplätze geschaffen werden können. Für die lokalen Vereine, die Schule in der Nähe des Zentrums und für das Quartier, das damit aufgewertet wird, ist das Projekt ebenfalls von grosser Bedeutung. Deshalb ist der Stadtrat darauf bedacht, dass alle Bedürfnisse berücksichtigt werden können. Die Voraussetzungen für einen pünktlichen Baubeginn sind gut.

**Ratspräsident J. Lisibach:** Mit diesen Neuigkeiten ist das Geschäft 2010/096 erledigt und wird abgeschrieben. Aufgrund der längeren Einfachsitzung hat die Ratsleitung beschlossen, dass ein halbes Sitzungsgeld zusätzlich entrichtet wird. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 27. August statt. Ratspräsident J. Lisibach wünscht allen schöne Sommerferien.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident

Die 1. Vizepräsidentin:

Die 2. Vizepräsidentin:

J. Lisibach (SVP)

Ch. Benz (SP)

B. Günthard Fitze (EVP)